

## 8-KONZEPT SO NICHT!



SCHÜLERINNEN-  
DEMO IN  
HANNOVER  
Seite 3

## AUSBAUEN ODER NICHT AUSBAUEN?



DIE ZUKUNFT DES  
STICHKANALS  
LINDEN  
Seite 4

## ZEIT FÜR EINEN GRÜNEN NEW DEAL



DAS GRÜNE KONZEPT  
ZUR FINANZ- UND  
WIRTSCHAFTSKRISE  
Seite 6

## AUSSERDEM:

- SOLIDAREGION S. 7
- BERICHT VON DER BDK S. 8
- FAIRE GRABSTEINE S. 10

# GRÜNE SEITEN



MITTEILUNGSBLATT VON BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN IN DER REGION HANNOVER • DEZEMBER 2008

Über 16.000 AtomkraftgegnerInnen setzten am 8. November in Gorleben ein starkes Zeichen für das Festhalten am Atomausstieg. Mit der bundesweiten Demonstration gegen den Castor-Transport und den anschließenden friedlichen Blockaden reagierte die Anti-AKW-Bewegung deutlich auf die immer lauter werdenden Stimmen aus Union, FDP und Atomwirtschaft, die einen Ausstieg aus dem unter der rot-grünen Bundesregierung vereinbarten Atomausstieg erreichen wollen. Und das obwohl nach wie vor keine Lösung für das Problem des ständig wachsenden Berges mit radioaktiven Abfällen in Sicht ist. Im Gegenteil: Das Desaster im vor ca. 40 Jahren in Betrieb genommenen „Forschungsendlager“ Asse II



zeigt, dass die Endlagerung in Salzstöcken keineswegs sicher ist. Schon gar nicht über eine Million Jahre hinweg.

Grüne aus ganz Deutschland demonstrierten deshalb in Gorleben friedlich mit der bäuerlichen Notgemeinschaft, der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg, X-Tausendmal Quer und weiteren Initiativen. Der Grüne Regionsverband Hannover brachte mit vier Bussen über 200 DemonstrantInnen ins Wendland. Viele von ihnen fuhrten am Samstag Abend nicht wieder mit zurück in die Landeshauptstadt, sondern beteiligten sich an den friedlichen Sitzblockaden gegen den Castor-Transport.

Bericht auf Seite 2.

## ATOMKRAFT? NEIN DANKE!

**Die Anti-AKW-Bewegung ist wieder da. Rund 16.000 AtomkraftgegnerInnen demonstrierten Anfang November in Gorleben für die Energiewende, darunter jede Menge Grüne aus dem gesamten Bundesgebiet. Über 200 DemonstrantInnen kamen mit vier Bussen des Grünen Regionsverbands aus Hannover nach Gorleben.**



**STEPHAN BEINS, BRIGITTE DEYDA UND MEIKE SCHÜMER KAMEN WIE VIELE ANDERE MIT DEM BUS AUS HANNOVER NACH GORLEBEN.**

FOTOS (2): HERBERT HOPPE



**FRÜHSPORT NACH EINER KALTEN NACHT AUF DER STRASSE VOR DEM ZWISCHENLAGER.**

FOTO: HAUKE DIEDERICH

## LIEBE FREUNDINNEN UND FREUNDE!

Der Widerstand gegen Atomkraft lebt! Am 8. November 2008 demonstrierten im Wendland rund 16.000 Menschen aus ganz Deutschland gegen Atomkraft und das Zwischenlager Gorleben. Aus der Region Hannover waren wir mit über 200 Leuten dabei und haben damit den richtigen Aufschlag für die Europa- und Bundestagswahlen im nächsten Jahr abgeliefert.

Die Bundesdelegiertenkonferenz in Erfurt hat mit Claudia Roth und Cem Özdemir als Vorsitzende sowie Renate Künast und Jürgen Trittin als SpitzenkandidatInnen die personellen Voraussetzungen für den Erfolg geschaffen. Und mit dem grünen New Deal, unserem Wirtschaftskonzept, das die stärkere Regulierung der Finanzwirtschaft, massive Investitionen in erneuerbare Energien und den sozialen Ausgleich fordert, liefern wir auch die richtigen Inhalte. Dazu passt unsere Kampagne „Solidaregion“ mit den Schwerpunkten Kinderarmut, Neue Schule, Medienkonsum und KiTa-Qualität. Ein Solidarpass für die Region Hannover, für den sich unsere Regionsfraktion derzeit einsetzt, soll das Paket optimal abrunden.

Wir danken allen FreundInnen der Grünen für ihre tatkräftige Unterstützung im Jahr 2008, wünschen euch einen guten Rutsch und uns allen ein erfolgreiches Superwahljahr 2009!

**BRIGITTE DEYDA &  
DIETER ALBRECHT  
REGIONS-VORSITZENDE**

Noch nie war ich so glücklich, meine Bezugsgruppe verloren zu haben und sie partout nicht wieder zu finden. Auf der Demonstration gegen den Castortransport am 8. November war es schier unmöglich, auszumachen, wo die Hannoverschen Grünen sich gerade aufhalten. Mit über 40 Bussen waren Grüne aus ganz Deutschland angereist. Die 16.000 DemonstrantInnen wurden begleitet durch ein grünes Fahnenmeer.

# „ES DOMINIEREN ZWEI FARBEN: GELB UND GRÜN“

**Patrick Drenke, Beisitzer im Vorstand des Grünen Stadtverbands Hannover, berichtet von seinen Erlebnissen im Wendland.**

Zwischenzeit ein regelrechtes Zeltlager entstanden. Die Straße war auf einem 200 Meter langen Abschnitt komplett mit weichem Stroh ausgelegt, darauf lagen ca. 1000 Menschen in Schlafsäcken, mit goldenen Rettungsdecken eingehüllt. Überdacht wurde das ganze von einer großen Zahl selbstgebauter Zelte aus Planen und Bäumen. Alle schliefen. Es herrschte „Nachtruhe“ - ein, wie ich fand, merkwürdiger Begriff, da es sich um eine von



**DER SPRECHER DER GRÜNEN JUGEND NIEDERSACHSEN, SVEN-CHRISTIAN KINDLER, UND DER LANDTAGSABGEORDNETE HELGE LIMBURG VOR DEM ZWISCHENLAGER ...**



**... UND BEIM UNFREIWILLIGEN ORTSWECHSEL.**

FOTOS (3): HAUKE DIEDERICH



**DIE BÄUERLICHE NOTGEMEINSCHAFT WAR MIT ZAHLREICHEN TRECKERN PRÄSENT.**

Morgens im Grüne Jugend-Camp losgegangen, waren wir bereits eine Stunde vor Demo-Beginn in Gorleben. Dort nahmen junge Grüne und andere Interessierte an einem von BUNDjugend und GJ organisierten Blockadetraining teil. Anders als in Hannover, wo Stephan Weil die Blockadetrainings zum G8-Gipfel als Terroristenschule bezeichnete, werden diese Übungen im Wendland der fünften Jahreszeit gerne gesehen. Die Demo ging dieses Jahr direkt in die Blockade über. Begann das pfadfinderisch angehauchte Streben zu Straße und Schienen bisher meist am Sonntag morgen, entschieden wir uns dieses Mal dazu, gar nicht erst nach Hause zu fahren, sondern uns gleich am Zwischenlager, dem Endpunkt der Demo, niederzulassen. Am Nachmittag saßen dort bereits 500 Menschen. Unterstützt wurden wir dabei von 40 Treckern. Die Stimmung war gut, es entwickelte sich eine Festival-Stimmung wie schon 2007 am Zaun von Heiligendamm. Die erste Nacht war nicht für alle erholsam. Viele schliefen zwar im GJ-Camp, ca. 200 Menschen blieben aber die ganze Nacht in Gorleben. Am Sonntag ging es dann los mit dem Ziel, auf den Gleisen Platz



**DAS INTERESSE DER MEDIEN WAR GROSS: CAROLIN FRIEDEMANN, BEISITZERIN IM STADTVORSTAND HANNOVER, ERKLÄRT, WARUM SIE IN GORLEBEN IST.**

FOTO: HERBERT HOPPE

zu nehmen. Und am Mittag lief ich mit einer Hundertschaft fröhlicher DemonstrantInnen durch den Wald. Kurz darauf nahmen wir jubelnd auf den Schienen bei Hitzacker Platz. Die Räumung erfolgte eine halbe Stunde später. Als wir alle wieder waldigen Boden unter den Füßen hatten, stellten wir fest, dass jeweils hinter den Kurven links und rechts ebenfalls Schienenbesetzungen stattgefunden hatten. Kurze Zeit später traf man sich auf einer Lichtung und besprach das weitere Vorgehen. Folgender Plan wurde

geschmiedet: Wir laufen singend den Weg entlang den Schienen und auf Kommando (das Stichwort war „Küchenspaß“) stürmen wir die Schienen. Auch wenn ich das Stichwort nie hörte, saß ich keine Viertelstunde später wieder auf den Schienen. Nachdem wir wieder geräumt wurden, ging es zurück zum Camp, wo wir uns erstmal aufwärmten. Und nach einem kurzen Abstecher zur Treckerblockade in Quickborn gesellte ich mich wieder zu den Blockierenden vor den Toren des Zwischenlagers. Dort war in der

Polizisten umringte, widerrechtliche Straßenblockade direkt vor einem Atomüll-Zwischenlager handelte. Doch das schien niemanden zu stören. Nach 36 Stunden Protest wurde selbst der erfahrenste Revoluzzer vom Schlaf übermannt. Und dabei belasse ich es. Die Bilder von der Räumung kennt Ihr alle aus dem Fernsehen. Der Castor-Protest war dieses Jahr ein wahrer Erfolg. Die größte Auftaktdemo seit der Standortentscheidung 1977 und die längste Streckenzeit, die die Ordnungshüter jemals brauchten, um die strahlende Fracht von La Hague nach Gorleben zu hieven.

Der Titel dieses Artikels ist übrigens ein Zitat aus dem „Radio Freies Wendland“. Es endet mit: „Gelb sind die AtomkraftgegnerInnen und grün ist die Polizei.“ Das Zitat war mit einem Augenzwinkern versehen. Alle, die vor Ort waren, wussten, dass es noch eine Gruppe in Grün gab, die die anwesende Polizei zahlenmäßig überstieg.

**PATRICK DRENKE**

patrick.drenke@gj-nds.de



Massen trafen sich am Opernplatz: SchülerInnen, Elternverbände, Jugendorganisationen, Gewerkschaften und politische Organisationen oder Fraktionen (Grüne, SPD und Linke). Bunt waren sie alle zusammengekommen, um endlich mal öffentlich richtig Luft ablassen zu können. Der Druck ist inzwischen für einige doch zu einem echten Leiden angewachsen. Dazu gehören vor allem SchülerInnen und deren Eltern. Aber natürlich auch etliche LehrerInnen, die unter der verfehlten Landesbildungspolitik ebenso leiden müssen und an diesem Tage von der GEW (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft) und rund 8500 SchülerInnen unterstützt wurden.

Die Liste der Klagen und Forderungen war wirklich nicht lang, dafür aber um so gehaltvoller. Neben der primären Forderung nach mehr Geld für mehr LehrerInnen und einer besseren Ausstattung für Schulen war vor allem Kritik am dreigliedrigen Schulsystem und der 8-jährigen Gymnasialschule Thema. Das klingt überschaubar, bedeutet aber nicht nur einige finanzielle Investitionen, sondern vor allem ein generelles Umdenken der "Macher". Ersteres ist schon schwer, aber zweiteres leider illusionsverdächtig.

Man sollte wissen, dass der Bildungsgipfel am 22. Oktober diesen Jahres in Dresden eine Reaktion auf die ersten initiierten Streiks von Schulen im Sommer 2008 war. Bundeskanzlerin Merkel hatte das Thema Bildung

# G8-KONZEPT - SO NICHT!

**Regine Kramarek, schulpolitische Sprecherin der Grünen Ratsfraktion Hannover, berichtet von der Schülerdemonstration in Hannover am 12. November 2008.**

damals zu ihrer Chefsache erklärt und den Begriff "Bildungsrepublik Deutschland" für sich als Motto ins Leben gerufen. Eine Befragung dazu (Zepf-Campus Landau) ergab, dass drei Stunden "Gipfeltreffen" für das wichtigste Zukunftsthema Deutschlands viel zu wenig sei, dass lediglich Absichtserklärungen abgegeben und die im Vorfeld gehegten Erwartungen enttäuscht wurden. Kaum einer der Befragten verstand das Resümee dieses Treffens als Meilenstein in der Veränderung der Bildungspolitik, sondern als ein Paket von längst beschlossenen Maßnahmen.

Der geäußerte Unmut der Beteiligten an der Demonstration des 12. November war also nur verständlich. Ebenso nachvollziehbar war die anschließende Naivität, einer Kleinst-Gruppe von Autonomen in die Bannmeile zu folgen, wenn es darum ging, den eigentlichen Verantwortlichen, die gerade im Landtag passend zum Thema tagten, zu zeigen, dass man weder Lust hat, sich an der Nase herumführen zu lassen, noch bestehende Missstände länger zu dulden. Was eine Bannmeile ist und bedeutet hat ihnen entweder keinE Lehre-

rInnen vermittelt oder war ihnen für diesen Moment nicht wichtig. Der Druck war so groß, dass sie sich nicht hindern ließen, bis direkt vor den Landtag zu ziehen und damit Auge in Auge mit den VerursacherInnen ihrer Situation zu stehen.

Mir ist heute noch nicht klar, ob es die mangelnde Aufstellung der Polizei war (eine Unterschätzung der auftretenden Wut), durch die vorerst eine Weiterführung der Demonstration direkt vor dem Landtag geduldet wurde, oder ob es hier durch Einwirken der Landtagsfraktionen möglich war, die Einsatzleitung milde zu stimmen. Zweiteres wäre sehr sympathisch und zu begrüßen, ersteres ist dem Bauchgefühl folgend nahe liegender. Die Polizei war sichtlich unterbesetzt an diesem Mittag und Ort, das konnte jeder sehen. Und auch ihre Hilflosigkeit in diesem Moment damit umzugehen. Kein Mensch versteht zum Beispiel, warum wegen einer Hand voll vermeintlicher Autonomer Unbeteiligte und hilflose Kinder mit Pfefferspray und anderen Mitteln attackiert wurden. Das zeigte aber, dass nicht nur die Polizei die Situation unterschätzt hatte, sondern auch

der Veranstalter selbst und vor allem die im Landtag tagenden Fraktionen, insbesondere Herr Wulff.

Mitten unter den Betroffenen weilend fühlte auch ich, dass es nur weniger vermittelnder Worte bedurft hätte, um hier Beruhigung hereinzubringen und ein diplomatisches Ende der Veranstaltung an diesem „unerlaubten“ Ort herbeizuführen. Wie erwähnt standen mindestens drei Akteure zur Auswahl, um dies zu tun. Keiner hat es geschafft, mit den SchülerInnen angemessen zu sprechen. Ein Versäumnis, das Größe gezeigt hätte, so wie es Jugendliche von Erwachsenen eigentlich erwarten dürften.

Die Berichterstattung der verschiedenen Medien an den folgenden Tagen war eindeutig. Polizei und Landtag fühlten sich in ihrer Autorität grundsätzlich und von Autonomen attackiert, die beteiligten SchülerInnen und StudentInnen nicht verstanden und in ihren Interessen wieder einmal ignoriert. Hätte Christian Wulff Souveränität gezeigt und sich den DemonstrantInnen gegenüber erklärend gegenübergestellt, hätte er Respekt erhalten. So hatten die Anwesenden den Eindruck eines „Drückebergers“.

Nicht zuletzt deshalb müssen sich die Verantwortlichen bei den erneuten landesweiten Demonstrationen am 24. Januar 2009 mehr als warm anziehen.

**REGINE KRAMAREK**

regine.kramarek@hannover-rat.de



## PETRA K. NIMMT FAHRT AUF – WER WILL MIT ?!

Nach einer spaßigen Show am 24. Oktober mit über fünfzig hocherfreuten Besucherinnen und Besuchern, einer ersten spontanen Diskussionsrunde und der USA-Wahlparty, unter unserem Logo organisiert von der Grünen Jugend, steht fest: Das Engagement hat sich gelohnt und wir machen weiter.

Ab Anfang Dezember werdet Ihr einige Veränderungen der Kellerräumlichkeiten feststellen können, damit zukünftig auch ohne langwieriges Umräumen, Mieten und Transportieren



**PREMIERE BEI PETRA K.**

von Technik Veranstaltungen organisiert werden können. Dies sind auch die Vorbereitungen für

die am 19. Dezember steigende Jubiläumsfeier der Ratsfraktion zu Ehren von 20 Jahren Umweltdezernat und vorläufiger Höhepunkt und Abschluss der Petra K. Veranstaltungen im Jahr 2008.

Für das kommende Jahr haben wir uns vorgenommen, Petra K. als regelmäßigen Treffpunkt – als grünes Stammlokal – zu etablieren. Einmal wöchentlich soll Raum entstehen für „vorbereitete“ Diskussionen oder spontanes Zusammenkommen, oder, oder, oder... Auch an anderen Tagen der Woche wird es selbstverständlich möglich sein, dass Engagierte das Petra K.-Equipment für ihre

Ideen nutzen können. Für diese ehrgeizigen Ideen brauchen wir weiterhin viele Engagierte, denn ohne Euch läuft da nix!

Bei Bionade, Wein, Bier (zum Petra K.-Einheitspreis von einem Euro) oder Wasser findet unser nächstes Planungstreffen am 5. Januar 2009 von 19:30 bis 21:00 Uhr im Petra K. statt.

Alle, die visionär Veranstaltungsideen entwickeln, oder pragmatisch eine „Kneipenschicht“ übernehmen wollen, um bei diesen Gelegenheiten noch mehr Grüne in der Region Hannover kennen und schätzen zu lernen, sind herzlich eingeladen, mitzumachen!

Der Ausbau des Stichkanals Linden ist auf Bundes- und Landesebene schon seit 1986 geplant, wurde aber nach der Wiedervereinigung zugunsten von Neubauprojekten in den neuen Bundesländern zurückgestellt. 1993 legte die zuständige Wasser- und Schifffahrtsdirektion Mitte erste Planungsüberlegungen für den Ausbau des Stichkanals und den Neubau der Schleuse Linden vor. Danach sollten der Kanal und die Schleuse an den Ausbaustandard des Mittellandkanals, dessen Ausbau bis zur EXPO 2000 abgeschlossen war, angepasst und damit für das so genannte „Europa-Schiff“ (Länge 85 m, Breite 9,5 m, Tiefgang 2,5 m, Ladung 1.300 t) ausgebaut werden. Der Neubau der Schleuse war mit einer Breite von 12,0 Meter und einer Länge von 110 Meter unmittelbar östlich angrenzend an die bestehende Schleuse vorgesehen und hätte nur in geringfügigem Umfang zusätzliche Flächen in den Uferbereichen erfordert. Die heutige Reihenhausezeile Dieselstraße 13 bis 23 war von diesen Planungen nicht betroffen. Dieser Planungsvorschlag der WSD Mitte von 1993 war für die Stadtverwaltung noch bis Juli 2007 verbindliche Planungsgrundlage. Nur so ist zu erklären, dass die Stadtverwaltung noch im Jahr 2000 eine Baugenehmigung für die Reihenhäuser der Dieselstraße erteilte, die bei einigen der derzeit diskutierten Varianten für den Schleusen Neubau möglicherweise vom Abriss bedroht wären. Auch für den im Juni 2007 beschlossenen Antrag von SPD und Grünen im Rat, der die Stadtverwaltung aufforderte auf eine Beschleunigung des Ausbaus des Stichkanals hinzuwirken, waren die damaligen Planungsüberlegungen der WSD die Grundlage.

Im Zusammenhang mit den Planungen für die Wasserstadt Limmer legte die Wasser- und Schifffahrtsdirektion Mitte dann Ende Juli 2007 Pläne vor, die den Ausbau des Stichkanals und den Neubau der Schleuse für die neueste Schiffsgeneration, das so genannte Übergroße Gütermotorschiff (ÜGMS, Länge 135 m, Breite 11,45 m, Tiefgang 2,8 m, Ladung 3000 t), vorsehen. Dazu müsste die neu zu bauende Schleuse Abmessungen von 139 Metern Länge und 12,5 Metern Breite erhalten. Auch der Neubau

# AUSBAUEN ODER NICHT AUSBAUEN?

**Kontroverse um den Ausbau des Stichkanals Linden und den Neubau der Schleuse Linden**



**WIE SIEHT DIE ZUKUNFT DER SCHLEUSE LINDEN AUS?**

der Schleuse unmittelbar neben der alten Schleuse ist nun aus bautechnischen Gründen nicht mehr möglich. Stattdessen wurden von der WSD verschiedene Varianten für die Lage einer neuen Schleuse vorgestellt. Im März 2008 wurde daraufhin von der Stadtverwaltung eine Informationsdrucksache vorgelegt, die die verschiedenen Varianten zum Neubau der Schleuse Linden zur Diskussion stellte. Seit dieser Zeit wird der Ausbau des Stichkanals und der Neubau der Schleuse in der Öffentlichkeit kontrovers diskutiert und es gründete sich die Bürgerinitiative „Limmer für Immer“, in der auch AnwohnerInnen vertreten sind, deren Häuser bei einem Schleusen Neubau möglicherweise vom Abriss bedroht wären. Die Grünen im Bezirksrat Linden-Limmer haben daher bereits im April 2008 in einem Antrag die Vorlage neuer eingriffsschonender und flächensparender Varianten von der Stadtverwaltung und der Wasser- und Schifffahrtsdirektion Mitte gefordert. Zum Beleg der Wirtschaftlichkeit des Stichkanalausbaus wurden dann im Oktober 2008 von der Stadtverwaltung zwei Gutachten der Beratungsunternehmen PLANCO Essen und LNC GmbH Hannover vorgelegt. Nicht Gegenstand dieser Untersuchungen waren jedoch die Auswirkungen des Ausbaus auf Bevölkerung, Natur, Freizeit und Erholung. Auf unsere Initiative hin

wurde daraufhin die Verwaltung beauftragt, eine Anhörung aller beteiligten politischen Gremien, der AnwohnerInnen und der Hafenvirtschaft durchzuführen, in der alle unterschiedlichen Interessenslagen zusammengebracht werden sollten. Diese Anhörung fand am 5. November im Haus der Jugend vor rund 120 interessierten BürgerInnen statt. Nach fünfeinhalb Stunden Diskussion waren wir enttäuscht vom oberflächlichen Umgang mit den berechtigten Interessen der AnwohnerInnen und der Hafensbetriebe durch die von den Städtischen Häfen eingeladenen Sachverständigen. Eindeutige und klare Aussagen zum Sinn und Unsinn eines Ausbaus des Stichkanals Linden und Neubaus der Schleuse Linden kamen in der Anhörung nur von den VertreterInnen der Hafensbetriebe und der AnwohnerInnen. Seitens der WSD und der Gutachterfirmen gab es hingegen keine klaren Aussagen. Selbst Nachfragen von Ratsmitgliedern wurden nicht beantwortet. Nach wie vor gibt es keine Antwort der WSD, ob Abweichungen vom Ausbaustandard für das ÜGMS für den Stichkanal Linden möglich wären und ob es dafür bereits Beispiele gibt, wie es der Vertreter des BUND auf der Anhörung angedeutet hatte. Auch die Frage nach den Abweichungen der Umschlagzahlen für den Hafen Linden vom

der PLANCO, die für die Kosten-Nutzen-Prognose wesentlich ist, wurde nicht geklärt. Des Weiteren wurde auch auf die Frage nach der Zahl der bereits auf dem Mittellandkanal verkehrenden GMS, ÜGMS und Schubverbände nicht eingegangen. Ebenso wurde nicht geklärt, ob eine längere Hafensperrung während des Neubaus der Schleuse Linden logistisch realisierbar wäre. Wir Grünen aus den Bezirksräten Linden-Limmer und Ahlem-Badenstedt-Davenstedt sowie der Ratsfraktion sind uns nach der Anhörung zum Ausbau des Stichkanals einig, dass nicht nur eine Lösung zur Standort-sicherung des Hafens sondern auch ein qualifiziertes Konzept zur Fortentwicklung des vorhandenen Gewerbe- und Industriestandortes vorgelegt werden muss. Wir müssen feststellen, dass die bisherige Vorgehensweise der Städtischen Häfen zum Thema Kanalausbau in eine Sackgasse geführt hat. Statt seriös nach Lösungen für alle Betroffenen zu suchen, wurde mit Gefälligkeitsgutachten und Standardaussagen der Wasser- und Schifffahrtsdirektion die Situation eher verschärft. Wir Grünen wollen uns nicht zur Durchsetzung von maximalen Ausbauzielen für den Lindener Hafen missbrauchen lassen. Deshalb wäre es derzeit für das Ziel der städtischen Häfen kontraproduktiv, eine Entscheidung der Politik mangels bekannter Alternativen erzwingen zu wollen. Wir fordern einen ökologisch- und sozialverträglichen Ausbau des Stichkanals einschließlich der Schleuse, der sowohl die Interessen der BewohnerInnen Limmers als auch die der Hafensbetriebe berücksichtigt. Deshalb sollte nach unserer Einschätzung erstens ein Logistikkonzept in Auftrag gegeben werden, das klärt, über welchen Zeitraum die Versorgung der ansässigen Betriebe bei Unterbrechung des Schiffsweges aufrechterhalten werden kann. Des Weiteren sollte ein Planungswettbewerb durchgeführt werden, der aufzeigt, wie die Sperrung des Kanals auf einen minimalen Zeitraum reduziert werden kann. Ziel muss es sein, den Kanal möglichst innerhalb der zur Zeit schon genutzten Flächen auszubauen.

**MICHAEL DETTE**  
michael.dette@  
hannover-rat.de



Als neues Grünes Mitglied und Frau mit Migrationshintergrund habe ich mich über die Entstehung der Partei Bündnis 90/Die Grünen pflichtbewusst informiert. Die Bedeutung der Bürgerinitiativen und der Anti-Atom-Bewegung in der Geschichte meiner Partei wurde mir sehr deutlich. Dass die Grünen wesentlich dazu beigetragen haben, dass die dritte Säule der Medien, der Bürgerfunk, ins Leben gerufen wurde (ein Vorläufer waren die Piratenradios), war für mich in diesem Zusammenhang selbstverständlich. Um so schwerer ist es zu akzeptieren, dass das Projekt Radio Flora mit über 400 ehrenamtlichen Radiomacherinnen und Radiomachern aus verschiedenen gesellschaftlichen Minderheiten keine grüne Unterstützung bei der Verlängerung der Lizenz bekommen hat.

Um es deutlich zu machen, die Definition der Freien Radios lautet: Freie Radios sind unabhängige, selbstbestimmte, offene Massenmedien, die nichtkommerziellen, basisdemokratischen Gesellschaftsrundfunk betreiben, der sich kritisch mit den bestehenden gesellschaftlichen Ver-

# DAS GRÜNE KIND GEHT BADEN.

**Ein Kommentar zur Entscheidung der Niedersächsischen Landesmedienanstalt, die Lizenz von Radio Flora nicht zu verlängern**



**DIE REDAKTION DER SENDUNG POLENFLUG BEI RADIO FLORA**

hältnissen auseinandersetzt und nach eigener Aussage die freie Meinungsäußerung fördern soll.

Dazu kommt der freie Zugang für alle - besonders für Menschen, die sonst keine Möglichkeit haben, der professionellen und kommerziellen Medienlandschaft ihre Stimme zu verleihen. Durch ehrenamtliches Engagement soll Medienkompetenz und Teilhabe am Gesellschaftsleben erworben werden. Eine tolle Sache, nicht wahr?

Und hierzu tragen auch wir bei, zehn muttersprachliche Redaktionen, die seit ca. zehn Jahren ehrenamtlich bei Flora arbeiten, sich als Floristinnen und Floristen verstehen, und die Idee des Senders zum Thema Demokratie und gesellschaftliche Partizipation mittragen. Dazu kommt noch, dass das Jahr 2008 ein Jahr des nationalen und hannoverschen Integrationsplans ist. Im Text des nationalen Integrationsplanes lesen wir: „Fremdsprachige Medien (Ethnomedien) leisten einen unverzichtbaren Beitrag zur Integration. Manche spezifischen Probleme und Fragen der Integration können deutschsprachige Medien den Migrantinnen und Migranten oft nur unzureichend beantworten, da sie sich für den größten Teil ihres eigenen Publikums nicht stellen. Ethnomedien werden überwiegend zusätzlich zu deutschen Medien genutzt. Sie stellen kaum eine wirtschaft-

liche Konkurrenz dar, wohl aber redaktionelle Ergänzungen. Die fremdsprachigen Ethnomedien erreichen vor allem jenen Teil der Bevölkerung, der die deutsche Sprache noch nicht genügend beherrscht. Sie treffen damit die Problemgruppe der Integrationspolitik. Sie stellen für Migranten in vielen Fällen eine besonders glaubwürdige Kommunikationsplattform in allen integrationspolitischen Handlungsfeldern dar. Über zweisprachige Veröffentlichungen haben sie zudem die Möglichkeit, praktische Integrationshilfen anzubieten und damit bestehende Integrationsmaßnahmen zu flankieren und zu ergänzen.“

So viel zur Theorie auf höchster politischer Ebene. Und jetzt zurück zu der Entscheidung der niedersächsischen Landesmedienanstalt, die Sendelizenzen von Radio Flora nicht zu verlängern: Was sagt diese Entscheidung uns, den Migrantinnen und Migranten bei Radio Flora, die seit zehn Jahren ehrenamtlich diesen Beitrag zu Integration und Gleichberechtigung geleistet haben? Sie sagt uns, dass die Entscheidungsgremien immer noch nicht, wie angekündigt und von der Politik versprochen, die Migrantinnen und Migranten als Teil der Gesellschaft in diesem Land ernst nehmen und wertschätzen.

Diesen, wie ihr merkt, von Enttäuschung, Wut und Trauer geladenen Kommentar möchte ich mit Worten von Bundeskanzlerin Angela Merkel beenden und damit zum Nachdenken animieren:

„Integration ist eine Schlüsselaufgabe unserer Zeit, die auch durch den demografischen Wandel immer mehr an Bedeutung gewinnt. Deshalb hat die Bundesregierung dieses Thema zu einem Schwerpunkt ihrer Arbeit gemacht. Mit dem nationalen Integrationsplan wollen wir in Zusammenarbeit mit allen staatlichen Ebenen und im Dialog mit engagierten Persönlichkeiten und Verbänden die Integration in unserem Land Schritt für Schritt verbessern.“

Na dann, was meint Ihr, hat die niedersächsische Landesmedienanstalt ihre Hausaufgaben richtig gemacht?

Wo stehen wir Grünen?

**DOROTA SZYMANSKA**

dorsz@t-online.de



## DANKE, SONJA!

**„Grüne: Immer mittendrin“ war der Slogan der Grünen in Hannover-Mitte zur Kommunalwahl 2006. Und niemand personifiziert diesen Leitspruch besser als Sonja Eick.**

Nach 12 Jahren als Bezirksbürgermeisterin (davon 5 Jahre als „Haupt“-Bezirksbürgermeisterin und 7 Jahre als stellvertretende) trat Sonja am 10. November 2008 gemäß einer Vereinbarung mit der SPD zurück. Für die verbleibenden drei Jahre der aktuellen Wahlperiode stellen die Grünen im Stadtbezirk Mitte mit Martin Nebendahl (30 Jahre) den stellvertretenden Bezirksbürgermeister.

Sei es beim Einsatz für mehr BürgerInnenbeteiligung, dem Engagement für die nachhaltige Entwicklung der Stadtteile in Hannover-Mitte oder dem Einsatz für Kinder, Jugendliche

und Familien – unsere grüne Bezirksbürgermeisterin hat in den vergangenen Jahren die Politik im Stadtbezirk maßgeblich geprägt. Nicht zuletzt aufgrund ihrer großen Bürgernähe war sie in ihrem Amt weit über die Parteigrenzen hinaus anerkannt. Dies zeigt nicht zuletzt das einstimmige Ergebnis zu ihrer Wahl im Jahr 2006.



Als stellvertretende Fraktionsvorsitzende wird die 62jährige natürlich weiterhin politisch mitmischen. Die Grünen in Hannover-Mitte bedanken sich für ihr Engagement und freuen sich auf die weitere Zusammenarbeit!

Der Siegeszug des Neoliberalismus startete Anfang der 1970er Jahre mit dem Scheitern der globalen Währungs- und Geldpolitik des Bretton-Woods-Systems. In den 1980er und 1990er Jahren gelang der neoklassischen angebotsorientierten Wirtschaftspolitik dann der weltweite Durchbruch. Inhaltlich lag der Fokus auf Deregulierung und Verringerung staatlicher Einflussnahme, Privatisierung öffentlicher Unternehmen und Einrichtungen, einer restriktiven Fiskal- und Haushaltspolitik, der Förderung des globalen Freihandels und der alleinigen Ausrichtung auf Preisniveaustabilität im Rahmen einer monetaristischen Geldpolitik.

### FREIE FAHRT FÜR DAS KAPITAL

Besonders die Finanzmärkte wurden konsequent liberalisiert. Durch die Abschaffung der Kapitalverkehrskontrollen, der Etablierung volatiler Wechselkurse, der Emission immer neuer, nicht geprüfter Finanzinnovationen und Finanzderivate (z.B. Optionen, Swaps, Futures) und dessen außerbörslichem Handel (over-the-counter), der massiven Verbriefung von Kreditrisiken – wie z.B. Asset-backed Commercial Papers (ABCP) - und der weltweit gestiegenen Verflechtung der Märkte verloren nationalstaatliche Koordinierungs- und Steuerungsmechanismen deutlich an Wirkungskraft. Aber auch klassische Kreditbanken verloren gegenüber den AkteurInnen an den internationalen Finanzmärkten wie AktionärInnen, Hedge-Fonds, Investmentgesellschaften, Rating-Agenturen oder Versicherungen deutlich an Macht und Einfluss. Im Zuge dessen und aufgrund nicht mehr ausreichender Profiterzielungsmöglichkeiten im industriellen Sektor fand seit den 1970er Jahren eine gravierende Verschiebung der Verwertungs- und Akkumulationsprozesse des Kapitals von der realwirtschaftlichen Produktionssphäre zur Finanzsphäre statt.

### DIE FINANZMÄRKTE KOLLABIERTEN

Nachdem im Frühjahr 2000 in den USA die Spekulationsblase auf den Aktienmärkten bei der New Economy platze, legten viele Investoren ihr Kapital auf dem Immobilienmarkt an. Die Immobilien- und Grundstückspreise stiegen bis 2006 rasant an und aufgrund der Niedrigzinspolitik

# ZEIT FÜR EINEN GRÜNEN NEW DEAL

**Hypothekenkrise, Liquiditätskrise, Finanzkrise, Wirtschaftskrise, Konjunkturkrise, Klimakrise, Welternährungskrise. Wir erleben die schwerste Krise des Kapitalismus seit 80 Jahren. Sven-Christian Kindler, Betriebswirt und Sprecher der Grünen Jugend Niedersachsen, über das Versagen neoliberaler Finanz- und Wirtschaftspolitik und nachhaltige Alternativen für eine ökologisch-solidarische Weltwirtschaft.**



**DER DAX STRAHLT AUCH NICHT MEHR SO WIE FRÜHER...**  
FOTO: CC-BY-NC-2.0 BY TRAVEL AFICIONADO VIA FLICKR.COM

der US-amerikanischen Notenbank (FED) stieg die Nachfrage der privaten Haushalte nach Hypothekendarlehen stark an. Unter den Darlehen waren auch viele zweitklassige Subprime Loans, die nur eine geringe Bonität der KreditnehmerInnen voraussetzen. Diese Kredite wurden größtenteils komplett weiter verbrieft und die Risiken in strukturierten durchmischten Finanzprodukten verschleiert. Als die Immobilienpreise wieder fielen, platzten im Sommer 2007 auch viele Hypotheken. Durch die Krise am Subprime-Markt verloren weltweit auch die damit zusammenhängenden Finanzprodukte massiv an Wert, das Vertrauen in die Bonität der Banken untereinander nahm rapide ab und in Folge dessen brach der Interbankenmarkt zusammen.

Diese Liquiditätskrise verschärfte sich 2008 drastisch, nachdem das ganze Ausmaß der Krise sichtbar wurde. Mittlerweile mussten die Banken weltweit über eine Billion US-Dollar abschreiben, nach 75 Jahren endet das System der unabhängigen US-Investmentbanken, zahlreiche Banken und Versicherungen werden vom

Staat und den Notenbanken vor dem Konkurs bewahrt und mitunter auch teilverstaatlicht. Weltweit beschließen die Staaten mehrere Billionen Euro Steuergelder zur Rettung des Finanzsystems bereit zu stellen und schon jetzt ist mehr als deutlich absehbar, dass 2009 die globale Konjunktur stark einbrechen wird, wenn nicht sofort deutliche Gegenmaßnahmen ergriffen werden.

### NEOLIBERALISMUS GESCHEITERT

Gleichzeitig stellt der fortschreitende Klimawandel die größte Gefahr für das Überleben der Menschheit auf der Erde dar und weltweit hat sich 2007 innerhalb eines Jahres die Zahl der Hungernden um 75 Millionen auf 925 Millionen Menschen erhöht. Das katastrophale Ausmaß der Krisen zeigt: Es ist jetzt an der Zeit, gerechte und nachhaltige Alternativen zur hegemonialen neoliberalen politischen Ökonomie zu diskutieren und umzusetzen. Es ist jetzt Zeit für einen Grünen New Deal.

Die internationalen Finanzmärkte müssen wieder unter demokratische und staatliche Kontrolle gestellt werden. Mit Kapitalver-

kehrskontrollen, einem Finanztüt für neue Finanzprodukte, einer europäischen Allianzaufsicht für die Finanzmärkte, der verbindlichen Vorgabe von einheitlichen Eigenkapitalvorgaben für alle Finanzakteure, stabilisierten Wechselkursen, Einschränkungen bei der Weitverbriefung von Krediten, der Austrocknung von Steueroasen im Rahmen der EU und OECD und einer Besteuerung von Finanztransaktionen in der EU kann die Macht und die Spekulationsorientierung der Finanzmärkte deutlich eingeschränkt werden.

### JETZT FÜR MORGEN INVESTIEREN

Um eine drohende tiefgreifende Depression mit zahlreichen Firmenkonkursen und Arbeitsplatzverlusten zu verhindern, muss weltweit koordiniert mit einem öko-sozialem Konjunkturprogramm gegengesteuert werden. Mit den Einnahmen aus einer europäischen Finanzumsatzsteuer können Programme für erneuerbare Technologien und die Armut- und Hungerbekämpfung in den Ländern des Südens finanziert werden. In Deutschland sollten Investitionen sehr gezielt – und nicht mit der Gießkanne – in den Bereichen Bildung, Klimaschutz, soziale Teilhabe und kommunale Infrastruktur getätigt werden. Gegenfinanziert werden sollte das Programm durch einen intelligenten Mix aus neuen Krediten, die sich mittelfristig durch die positiven Konjunkturreffekte wieder amortisieren, und einer gerechteren Besteuerung hoher Vermögen und Spitzengehälter. Durch die Wiedereinführung der Vermögensteuer, die Erhöhung der Erbschaftsteuer und die progressive Gestaltung der Abgeltungsteuer werden einerseits die Profiteure der derzeitigen Finanzkrise auch an den Folgekosten beteiligt und andererseits die Finanzmärkte durch den Entzug potenziell spekulativen Kapitalvolumens stabilisiert. Durch gesellschaftliche Krisen ergeben sich auch immer Chancen, die jetzt ergriffen werden müssen, um eine ganz andere Wirtschaftspolitik durchzusetzen. Für eine Politik, in der nicht der Markt, sondern der Mensch im Mittelpunkt steht.

**SVEN-CHRISTIAN KINDLER**

sven.kindler@  
gruene-jugend.de



Unter diesem Motto setzen die Grünen in der gesamten Region Hannover soziale Schwerpunkte und machen deutlich, dass sie die Partei sind, die für soziale Gerechtigkeit und für eine solidarische Gemeinschaft einsteht. Wir wollen gemeinsam in der Region Hannover erreichen, dass in einer Gesellschaft für alle jede(r) Verantwortung für die Gemeinschaft übernimmt. Unser Ziel ist es, dass niemand ausgeschlossen wird und jede(r) seine individuellen Entfaltungsmöglichkeiten und Fördermöglichkeiten hat. Dabei müssen die Schwachen von den Starken solidarisch gestützt werden.

Deswegen empfinden wir es als einen Skandal, dass durch ein antiquiertes dreigliedriges Schulsystem insbesondere sozial benachteiligte junge Menschen systematisch ausgegrenzt werden. Wir können es uns als Gesellschaft nicht leisten, diese Jugendlichen ohne Abschluss oder mit einem Hauptschulabschluss aus der allgemein bildenden Schule zu entlassen, der ihnen kaum eine Perspektive auf eine erfolgreiche Berufsausbildung und damit einen Einstieg in die Arbeitswelt ermöglicht. Dass es auch anders geht, zeigt die erfolgreiche Arbeit der Integrierten Gesamtschulen in Hannover. Wie uns Prof. Christian Pfeiffer in seinem Vortrag auf unserer letzten Mitgliederversammlung in Lehrte als Fazit aus den Ergebnissen sei-

# SOLIDAREGION

Eine Gesellschaft für alle.

## DIE NÄCHSTEN TERMINE:

- Workshop **Neue Schule** am Dienstag, den 09.12.08, um 19:30 Uhr im Keller des Grünen Zentrums, Senior-Blumenberg-Gang 1.
- Workshop **Medienkonsum** am Mittwoch, den 07.01.09, um 18:00 Uhr in der Landesgeschäftsstelle von Bündnis 90/Die Grünen in der Odeonstr. 4. Zugang über den Hof.
- Workshop **KiTa-Qualität** am Dienstag, den 13.01.09, um 18:00 Uhr im Keller des Grünen Zentrums, Senior-Blumenberg-Gang 1.

Alle Interessierten sind herzlich eingeladen!

Jetzt auch online diskutieren unter [intern.gruene-hannover.de](http://intern.gruene-hannover.de)!



ner Forschungsarbeiten dargelegt hat, gelingt insbesondere die Integration von jungen Menschen mit Migrationshintergrund in diesen Schulen wesentlich besser und führt zu deutlich gesteigerten Schulleistungen und einem Rückgang der Jugendgewalt. Die zahlreichen Initiativen zur Neugründung von Integrierten Gesamtschulen in der Region Hannover begrüßen wir deshalb sehr.

Unsere Vorstellungen von einer „Neuen Schule“ als gemeinsame Schule gehen darüber aber noch hinaus. Mit Prof. Pfeiffer stim-

men wir überein, dass Schulen zu Stadtteilzentren entwickelt werden müssen, die auch Ort der Begegnung und von kulturellen und sportlichen Aktivitäten im Stadtteil sind. Durch engagierte Elternarbeit und die Kooperation mit Vereinen und gesellschaftlichen Gruppen aus dem Stadtteil können insbesondere die Erziehungsaufgaben, die Schulen zunehmend erfüllen müssen, besser geleistet werden.

Gerade Eltern aus bildungsfernen und von Armut betroffenen Schichten sind mit der komplexen Aufgabe der Kindererziehung

zunehmend überfordert. Viel zu häufig werden in diesen Familien Fernseher und Computer zum „Babysitter-Ersatz“ mit fatalen Folgen für die Entwicklung der Kinder. Mit seinen Forschungsergebnissen beweist Prof. Pfeiffer eindrücklich den Zusammenhang zwischen hohem Medienkonsum und schlechten Bildungsleistungen von Kindern und Jugendlichen, hiervon sind die Jungen wiederum wesentlich stärker betroffen als die Mädchen. Statt passivem Medienkonsum muss die Förderung der Entwicklung aller Sinne der Kinder und Jugendlichen in den Schulen und in der Freizeitgestaltung im Mittelpunkt stehen. Dazu sind nach der Zielsetzung von Prof. Pfeiffer, bei Kindern und Jugendlichen „Lust am Leben zu wecken“, ganz besonders sportliche, künstlerische und musische Angebote erforderlich. Welche Initiativen müssen wir für mehr Bildungsgerechtigkeit in den Kommunen, auf Landes- und auf Bundesebene starten? Mit dieser Frage beschäftigten sich nach dem Vortrag von Prof. Pfeiffer vier Workshops zu den Themen Kinderarmut, Medienkonsum, Neue Schule und Kita. Die Diskussionen möchten wir fortführen und wünschen uns eine rege Beteiligung bei den Folgeworkshops.

**BRIGITTE DEYDA**  
brigitte.deyda@  
htp-tel.de



# AKZEPTANZ DURCH ÖFFNUNG

Schon seit Sommer 2003 bietet der Grüne Ortsverband Uetze Ferienpassaktionen im Rahmen der Sommerferien an.

In einem kleinen gemeinsamen Katalog, der von der Jugendpflege der Gemeinde Uetze zusammengestellt wird, erscheint seit 2003 jährlich unser Sommerangebot neben den Angeboten von Sportvereinen und anderen Verbänden. Seit 2003 betreiben wir Grünen also aktive und attraktive Jugendarbeit. In den ersten Jahren haben wir z.B. Nistkastenbau, Kanufahren auf der Aller von Müden bis Altencelle, Tonarbeiten, Blechbüchsenbasteln und Fertigung von Bumerangs selbst durch einen Jugendpfleger aus unseren eigenen Reihen bestritten.

In diesem Jahr haben wir zwei KunstassistentInnen engagiert, die sich in einem Nachbardorf gerade selbstständig gemacht haben. Sie haben ein eigenes Kunstatelier und führten in unserem Namen und Auftrag die diesjährige Ferienpassaktion durch. Für Kinder von 8 bis 12 Jahren haben wir das Schnitzen und Formen von Speckstein anbieten können. In den ersten drei Wochen der Sommerferien 2008 gab es insgesamt sechs Termine mit jeweils 12 Kindern. Und es haben noch Kinder auf einer Warteliste auf einen heißbegehrten Platz gehofft. Das heißt, dass wir durch unser diesjähriges

Kreativ-Angebot über 70 Kinder und deren Familien erreicht haben. Ich denke, dass das viele Ortsverbände gut und gerne leisten können. Wir haben in der letzten Zeit auch einen leichten Zuwachs an Mitgliedern und Interessierten bekommen. Ob es da einen direkten Zusammenhang gibt, weiß ich nicht. Ich weiß aber, dass in Bundesländern wie z.B. in Bayern die Mitglieder der CSU in vielen verschiedenen Vereinen und Verbänden unschwerwiegend vertreten sind. Bei uns in der Gemeinde machen die SPD und die CDU bislang noch keine solche Angebote. Und deshalb denke und glaube ich, dass das auch

ein Feld ist, was wir Grünen mit beackern sollten, obwohl das zunächst nichts mit Grünen Inhalten zu tun hat. Der Eine oder Andere wird das vielleicht belächeln, aber wir stellen gerade auf diese Art und Weise eine Selbstverständlichkeit im Erreichen unserer Partei und damit auch unseren Zielen her. Und wir wissen alle: Nachwuchssorgen haben alle Gruppierungen in der Gesellschaft. Und da können wir nicht früh genug anfangen.

**THOMAS FASSBENDER**  
fassbenderthomas@  
web.de



# AUS DEM BUNDESTAG

## WEITER DISKRIMINIERUNG VON LESBEN UND SCHWULEN

Schwarz-Rot hält an der Diskriminierung von Lesben und Schwulen im Beamtenrecht fest. Es ist unfassbar, dass im Jahr 2008 noch ein Gesetz verabschiedet wird, das Diskriminierung von Lesben und Schwulen fort schreibt. Im schwarz-roten Dienstrechtsneuordnungsgesetz fehlt jede Spur von Gleichberechtigung eingetragener Lebenspartnerschaften. Einen Änderungsantrag der Grünen, nach dem Lebenspartnerschaften im Dienstrecht des Bundes wie Ehen zu behandeln sind, wurde von CDU/CSU und SPD abgelehnt. Die SPD hätte es in der Hand gehabt, ihre Zustimmung zu dem Gesetz von der Gleichstellung der Lesben und Schwulen abhängig zu machen. Aber die Gleichstellung der Lesben und Schwulen war es ihr nicht wert. Wir kritisieren diesen Entwurf vor allem für die fehlende Gleichstellung von eingetragenen Lebenspartnerschaften, die fehlende Möglichkeit zur Mitnahme von Versorgungsansprüchen in die Privatwirtschaft und die vorgesehene pauschale Anhebung der Altersgrenzen bei bestimmten Berufsgruppen. Bei der Erhöhung des Pensionsalters auf 67 Jahre analog zur „Rente mit 67“ sind nach unserer Auffassung Sonderregelungen für bestimmte Berufsgruppen notwendig. Die Möglichkeit zur Mitnahme von Versorgungsansprüchen ist die Voraussetzung für einen Wechsel zwischen Staatsdienst und Privatwirtschaft. Wer das Ziel des Austausches beschreibt, muss auch die Instrumente der Realisierung zur Verfügung stellen. Ihr Gesetzentwurf verhindert die Durchlässigkeit und die Flexibilität. Wie rückständig das angebliche Modernisierungsgesetz ist, zeigt sich an keinem Punkt so deutlich wie an der fehlenden Gleichstellung von eingetragenen Lebenspartnerschaften. Die lesbische Beamtin mit Frau und Kind erhält keinen Familienzuschlag – im Gegensatz zu ihrem verheirateten Kollegen ohne Kind. Der schwule Bundesrichter erhält für seinen kranken oder pflegebedürftigen Lebenspartner keine Beihilfe – bei Verheirateten ist das selbstverständlich. Dieser

Umgang des Bundes mit seinen Beamtinnen und Beamten ist ausgrenzend und diskriminierend. Trotz der Unzulänglichkeiten des Gesetzentwurfs und seiner skandalösen Defizite in Sachen Lebenspartnerschaft will ich nicht verschweigen, dass er in anderen Bereichen auch ein paar positive Dinge enthält: Es wird die Sonderzahlung in das Grundgehalt und in die Versorgung eingebaut. Es gibt einen erhöhten Familienzuschlag ab dem dritten Kind, und die 27-Jahre-Grenze bei der Lebenszeiternennung entfällt. Das begrüßen wir durchaus. Aber für eine Zustimmung ist das zu wenig. Insgesamt lehnen wir den Gesetzentwurf der Großen Koalition ab.

## GRATULATION ZUR WIEDERWAHL VON PETER SCHAAR

Wir gratulieren Peter Schaar zu seiner überzeugenden Wiederwahl. Er hat maßgeblich dazu beigetragen, dass der Datenschutz 25 Jahre nach dem Volkszählungsurteil endlich wieder zu einem gesellschaftspolitischen Anliegen ersten Ranges geworden ist. Peter Schaar hat außerdem den Einsatz für mehr Informationsfreiheit erfolgreich in seine Dienststelle integriert. Sein erster Tätigkeitsbericht ist eine unverzichtbare Leitlinie für den weiteren Umgang mit dem Informationsfreiheitsgesetz. Ein Datenschutzbeauftragter allein macht aber noch keinen guten Datenschutz. Das deutsche Datenschutzrecht muss grundlegend reformiert und fürs digitale Zeitalter fit gemacht werden. Der Bundesbeauftragte braucht deutlich mehr Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die schwerwiegenden Verstöße gegen die Persönlichkeitsrechte von Millionen Betroffenen in der letzten Zeit zeigen hier einen erheblichen Handlungsbedarf. Wir haben im Rahmen der Haushaltsberatungen gefordert, die Zahl der Stellen deutlich aufzustocken.

## POLITISCHE BILDUNGSFAHRT

Die nächste Bildungsfahrt nach Berlin findet im Frühjahr 2009 statt. Anmeldung im Wahlkreisbüro.

**SILKE STOKAR**  
silke.stokar@wk.bundestag.de  
Tel.: 0511 30 66 52



# MEHR BEWEGEN!

... so lautete das Motto der Bundesdelegiertenkonferenz vom 14. bis 16. November in Erfurt, zu der aus Hannover fünfzehn Grüne vertreten waren – in Anbetracht der insgesamt 800 Delegierten doch eine beträchtliche Zahl. Carolin Friedemann, Beisitzerin im Vorstand des Stadtverbands Hannover, berichtet von ihrer ersten BDK.



## BLICK IN DIE ERFURTER MESSEHALLE

Die Delegierten plus jede Menge Gäste und Presse wollten gut untergebracht sein. So haben wir Tag für Tag in einer riesigen Messehalle gesessen, die wenig grünen Charme versprühte – nicht zuletzt aufgrund mangels natürlicher Lichtquellen. Diese äußeren Bedingungen traten ob der lebhaften, interessanten Diskussionen über Energiepolitik, Finanzmarktkrise und Friedenspolitik jedoch sehr schnell in den Hintergrund. Die Diskussionen wurden meist fair und sehr fundiert geführt, so dass es eine Freude war, sich mal auf diese Weise mit grünen Inhalten auseinanderzusetzen. Besonders beim Thema Energiepolitik war deutlich zu merken, dass die Basis den Wunsch hegt, traditionelle grüne Werte wieder stärker in die Alltagspolitik einzubringen. Die Abwahl Fritz Kuhns aus dem Bundesparteirat würde ich auch als positives Zeichen für das Bedürfnis nach Visionen der Basis im teilweisen Widerspruch zur Realpolitik der Partei-Granden deuten. Aber halt: Sind die Flügel Realos und Fundis nicht vor einiger Zeit für tot erklärt worden? Scheinbar hält sich niemand an diese „Verordnung“ von Katrin Göring-Eckardt & Co., denn Freitag Abend gab es für Interessierte die Möglichkeit, zum Linken- bzw. Realotreffen zu gehen, um gemeinsame Pläne zu schmieden. Eine herausragende Person, die es geschafft hat, glaubwürdig die Gräben zu überwinden war für viele von uns Arvid Bell – ein 24-jähriger Politikstudent, der flammende Reden gehalten hat,

die Kritik enthielten, welche er aber auf angenehme Art anbrachte. Belohnt wurde er mit der Aufnahme in den Parteirat. Man darf gespannt sein, wohin dieser charismatische Mann es bei uns Grünen bringen wird. Obwohl die BDK insgesamt sehr gut organisiert war, gab es dennoch zwei Aspekte, die mich nachdenklich stimmen: zum Einen ist gefühlt ein Wäldchen in Form von Papier im Mülleimer gelandet, da sich fast alle Delegierten die Unterlagen ausgedruckt mitgebracht hatten und wir permanent mit aktualisierten Änderungsanträgen versorgt wurden, was an sich natürlich löblich ist. Trotzdem wäre es schön, wenn hier eine Alternative zur Papiervernichtung gefunden würde. Zum Anderen gab es eine sogenannte „Entertainment-Halle“, in der diverse überregionale Unternehmen die Delegierten mit Werbeartikeln versorgten. An sich ist das sicherlich eine gute Sache – aber: Lichtblick? Bioland? Fehlanzeige. Stattdessen gab es Stände u.a. von Evonik Industries und Bayer. Viele Delegierte, mich eingeschlossen, fanden dies doch eher befremdlich.

Fazit: Ein sehr interessantes Wochenende und eine gute Möglichkeit, sich konzentriert mit grünen Inhalten auseinanderzusetzen und sich dabei mit anderen Grünen auszutauschen. Ich bin gespannt, wie die nächste Europa-BDK in Dortmund wird.

**CAROLIN FRIEDEMANN**  
carolin.friedemann@  
hotmail.de



# BUNT STATT BRAUN

**Erneut erwartet die Landeshauptstadt ungebetene Gäste von Rechtsaußen: Für den 1. Mai 2009 haben „Freie Kameradschaften“ einen Aufmarsch angesagt.**



**IN HANNOVER IST KEIN PLATZ FÜR NAZIS. DEMONSTRATION 2007.**  
FOTO: HERBERT HOPPE

Bereits im Herbst 2007 haben Rechtsradikale anlässlich des Landeswahlkampf-Auftaktes der NPD im HCC versucht, in Hannover Präsenz zu zeigen. Unter dem Motto „Bunt statt braun“ schloss sich dagegen ein breites Bündnis gegen Rechts zusammen. Zehntausende HannoveranerInnen gingen am 15.09.2007 auf die Straße und nahmen an den Gegenveranstaltungen teil.

Nun haben rechtsradikale Kräfte aus der Szene der so genannten „Freien Kameradschaften“ für den 1. Mai 2009 eine Demonstration in Hannover vom ZOB über den Klagesmarkt nach Linden angemeldet. Dass sie sich ausgerechnet den Feiertag der ArbeiterInnenbewegung ausgesucht haben und durch den alternativen Stadtteil Linden marschieren wollen, ist eine offene Provokation. Bereits kurz nach dem Bekanntwerden des Aufmarsch-Vorhabens hat sich erneut ein breites Gegenbündnis aus Verbänden, Gewerkschaften und Parteien formiert, an dem auch wir Grünen aktiv mitwirken. Wir werden am und vor dem 1. Mai 2009 deutlich zeigen, dass für Rechtsradikalismus und Fremdenhass kein Platz in Hannover ist. Neben der Beteiligung an dem breiten Gegenbündnis haben einige Grüne Stadtteilgruppen bereits begonnen, weitere Aktivitäten gegen Rechts vorzubereiten und durchzuführen. Unter Leitung des Runden Tisches gegen

Rechts der Lister Mathäuskirche beteiligten sich Mitglieder der Stadtteilgruppe Vahrenwald-List an der Planung und Veranstaltung eines Informationsabends mit Margot Kleinberger, einer Zeitzeugin des nationalsozialistischen Terrors, am 11. November. Es kamen über 200 vor allem jugendliche Interessierte. Im Vorfeld des 1. Mai werden die Stadtteilgruppen Mitte und Vahrenwald-List gemeinsam mehrere Infostände organisieren, um für die Gegendemonstration(en) zu mobilisieren. Auch wird die Stadtteilgruppe Vahrenwald-List Treffen für alle Organisationen und Parteien im Stadtteil organisieren, um so einen Raum für gemeinsame Planung und Aktionen zu bieten. Die Grünen in Linden-Limmer wirken im dortigen Aktionsbündnis „Linden gegen Nazis“ mit.

## VORBEREITUNGSTREFFEN

Um die grünen Aktivitäten gegen Rechts zu bündeln und weitere Projekte ins Rollen zu bringen, lädt der Grüne Stadtverband alle Interessierten am Donnerstag, den 11. Dezember 2008, um 19:00 Uhr zu einem ersten Treffen ins Grüne Zentrum (Senior-Blumenberg-Gang 1) ein. Du möchtest an den Grünen Aktivitäten gegen Rechts mitwirken? Dann melde dich beim Stadtverband unter der Telefonnummer **0511-323314** oder per E-Mail unter **stadt@gruene-hannover.de!**

# AUS DEM LANDTAG

## DEN LANDTAG NICHT TEUER NEU BAUEN,

...sondern mit möglichst großer Effizienz zeitgemäß modernisieren! Die grüne Landtagsfraktion hat sich eingehend mit den Plänen zur Neugestaltung des niedersächsischen Landtages beschäftigt. In einer kritischen Diskussion wurden funktionale Fragen, Kostengesichtspunkte und energetische Erfordernisse ebenso diskutiert, wie Fragen des Denkmalschutzes und der stadträumlichen Wirkung. Im Folgenden wird die aktuelle Bewertung der Fraktion zu dem Vorschlag des Landtagspräsidenten und der Baukommission des Landtagspräsidiums erläutert und der Gegenvorschlag unserer Fraktion dokumentiert. Der Vorschlag der Baukommission wird „Plenarsaal und Hof“ genannt. Tatsächlich handelt es sich um einen Totalabriss des denkmalgeschützten Oesterlen Anbaues bis an den Rand des maroden Lichthofes. Der müsste dennoch saniert werden und eine eigenständige neue Fassade als Abschluss des verbliebenen Schlossfragments erhalten. Auf dem Platz der Göttinger Sieben entstünde ein neuer Plenarsaal mit Nebenräumen und zweigeschossiger (!) Tiefgarage. Dazwischen ist ein dem Landtag zugeordneter Lichthof geplant, der durch einen Zwischenbaukörper von der Stadt abgeschirmt wird und sich nur zur Leine hin öffnet. Damit wird der Landtag mit dem Neubau zum Riegel, der Leine und Innenstadt voneinander trennt, anstatt zu verbinden. Der bisher wenig genutzte Restaurant-Freibereich am Leineufer wird durch die Verdreifachung der verfügbaren Fläche sicher nicht belebter, zumal er versteckt hinter dem neuen Plenarsaal gelegen ist. Die von der Baukommission angegebenen Baukosten von 45 Mio. Euro sind nach unserer Einschätzung zudem noch schön gerechnet, weil die Gründungs- und Wasserproblematik bei der Tiefgarage und der erhebliche Restrukturierungsbedarf im Altbau nach dem Abriss des Oesterlen Anbaues in der Umsetzung erheblich zu Buche schlagen dürften. Die von uns favorisierte Variante besteht

im zeitgemäßen Umbau des Plenarsaales. Angesichts der aktuellen Debatte sehen wir hier im Vergleich zu den Qualitäten und den Kosten in den engen Wettbewerbsbedingungen des Jahres 2002 unter voller Berücksichtigung der Denkmalschutzbelange durchaus in einer Überarbeitung der damaligen Preisträgerbeiträge noch Weiterentwicklungspotentiale. Da die Entwürfe noch unter der Vorgabe des Erhalts des Glasfoyers und eines Großteils der Fassade erstellt werden mussten, haben die Konzepte längst nicht alle Chancen einer zeitgemäßen aber auch geschichtsbewußten Interpretation der vorhandenen Grundsubstanz erschließen können. Dennoch ist der damalige Siegerentwurf bereits im status quo mit Abstand die kostengünstigste Variante mit einer bestmöglichen Einbindung in die vorhandene Erschließung (geschätzte Kosten 20 Mio Euro). Durch die Öffnung des Erdgeschosses zum Platz der Göttinger Sieben würde mit dem dort platzierten Restaurant eine belebte Mischzone zwischen Stadtöffentlichkeit und Landtag geschaffen. Das Leineufer wird so an die Stadt „herangeholt“ und zum Nutzen beider Seiten (Landtag und Öffentlichkeit) interessant belebt. Den damaligen Wettbewerbsgewinnern sollte der Auftrag erteilt werden, unter Berücksichtigung der aktuell viel weiter gefassten Rahmenseitungen und der inzwischen bekannten Bauschäden ihren Entwurf funktional, energetisch und unter Effizienzgesichtspunkten zu überarbeiten. Dies könnte sparsam und sensibel mit weitgehendem Erhalt der prägenden Fassaden zum Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz und zum Platz der Göttinger Sieben auf der vorhandenen Gründung erfolgen. Sollte bei einer Überarbeitung eine Öffnung der Südfassade hin zur Leine mit vertretbarem Aufwand möglich werden, könnte damit ohne großen Kostenaufwand zusätzlich ein Stadtbild bereicherndes neues Entree zur Altstadt und zur Innenstadt entstehen.

**ENNO HAGENAH**  
enno.hagenah@lt.niedersachsen.de  
Tel.: 0511 3030-3308



## ERHÖHUNG DER REGIONSUMLAGE

Nach acht Jahren Region zeichnet sich für den Regionshaushalt 2009 die erste Erhöhung der Regionsumlage ab. Der Vorschlag der Verwaltung sieht eine Umlageerhöhung von 2 Prozent vor. Damit würde die Region seit ihrer Gründung erstmalig einen ausgeglichenen Haushalt verabschieden. Die regionsangehörigen Kommunen erwarten eine zusätzliche Mehrbelastung von 25 Mio. Euro in 2009.

Die Regionsfraktion wird diese Erhöhung mittragen, denn trotz erheblicher Sparbemühungen ist es uns in der Vergangenheit nicht gelungen, das strukturelle Defizit der Region zu beseitigen.

Vor allem die stetig steigenden Sozialausgaben der Region bei gleichzeitigen Einnahmerückgängen von Land und Bund in diesem Bereich belasten den Regionshaushalt stark. Dagegen haben im Zuge der Hartz IV-Reformen die Kommunen eine deutliche finanzielle Entlastung erfahren.

Nach wie vor unterliegt die Umlagenfinanzierung der Region starken Einnahme- und Ausgabechwankungen. Angedacht ist, zukünftige Umlageberechnungen direkt an den sich verändernden Zuschussbedarf bei den Sozialkosten zu koppeln und so eine verlässliche Grundlage für angemessene Veränderungen der Regionsumlage zu schaffen. Der Haushalt 2009 wird von der Verwaltung am 16. Dezember 2008 eingebracht. Die Verabschiedung des Haushaltes findet am 24. März 2009 statt.

## KEINE EINSCHNITTE IM ÖFFENTLICHEN NAHVERKEHR

Eine weitere bittere Pille der Verwaltung wird von Rot-Grün nicht mitgetragen. Zur Haushaltssicherung hat die Verwaltung für 2010 eine Liste mit Streichungen im ÖPNV von insgesamt 9,41 Mio. Euro vorgelegt. Rund 7,5 Mio. Euro entfallen dabei auf die Einstellung des Nachtverkehrs

bei Bussen (0,5 Mio.) und die Reduzierung des S-Bahn-Taktes am Wochenende auf 2 Stunden (6,9 Mio.). Diese Maßnahmen machen wir nicht mit, denn wir setzen auch in Zukunft auf das gute ÖPNV-Angebot in der Region. Aus Sicht der Regionsfraktion wären die Einsparungen auch nur kurzfristig und damit von zweifelhaftem Erfolg.

Mittel- und langfristig würden wir Kundinnen und Kunden verlieren. Last but not least wäre natürlich eine Rückverlagerung vom ÖPNV zurück zum motorisierten Individualverkehr alles andere als grüne Verkehrs- und Klimapolitik.

## HEARING ZUM SOZIALTARIF VERLIEF SACHLICH

Am 27. November fand im Sozialausschuss der Region das mit Spannung erwartete Hearing zum Thema „Sozialtarif ÖPNV“ für die Region Hannover statt. Das Hearing sollte über alternative Umsetzungsmöglichkeiten eines Sozialtarifs für die Region Hannover informieren.

Auf Initiative der Grünen Regionsfraktion stellten sich VertreterInnen aus Bielefeld, Dortmund, Köln und Berlin den kritischen Fragen der Ausschussmitglieder und der breiten Öffentlichkeit. Diese Städte haben bereits einen Sozialtarif im ÖPNV verwirklicht.

Auf besonderes Interesse stieß dabei der Vortrag des stellvertretenden Sozialamtsleiter Hans-Jürgen Oster aus Köln. Die Stadt Köln verbindet in ihrem Köln-Pass vorbildlich die Teilhabe sozial benachteiligter Menschen am kulturellen und gesellschaftlichen Leben mit vergünstigten Angeboten im ÖPNV. Günstiger von A nach B gepaart mit gesellschaftlicher und kultureller Teilhabe, das könnte auch der Weg für die Region Hannover sein.

**EURE REGIONSFRAKTION**  
[gruene@region-hannover.de](mailto:gruene@region-hannover.de)  
 Tel.: 0511 616 22 084

# GRABSTEINE OHNE AUSBEUTUNG

**Mit einer Friedhofsänderungssatzung können Kommunen dazu beitragen, die Kinderarbeit in Indien einzudämmen. Die Grüne Fraktion in Neustadt will dafür sorgen, dass die Stadt auf ihren Friedhöfen nur zertifizierte Grabsteine verwenden lässt.**

Um vor Ort einen Beitrag zur Eindämmung der Kinderarbeit in Indien zu leisten, beantragten die Grünen in Neustadt, dass auf den Friedhöfen der Stadt nur Grabmale aufgestellt werden dürfen, die nachweislich in der gesamten Wertschöpfungskette ohne ausbeuterische Kinderarbeit im Sinne der ILO-Konvention 182 hergestellt sind. Jedem Antrag auf Genehmigung eines Grabmals sind demnach Nachweise über die Produktionsbedingungen nach der ILO-Konvention 182 beizufügen. Diese sind Voraussetzung für die Genehmigungsfähigkeit.

In Deutschland stammen 70 Prozent aller importierten Grabmale und 80 Prozent der Rohmaterialien aus Indien. Granit- und andere Natursteine werden dort und anderen Ländern des Südens oft mit Kinder- und Sklavenarbeit hergestellt. Es dürfen daher Grabmale, die in so genannten Entwicklungsländern hergestellt worden sind, nur noch dann angeschafft und aufgestellt werden, wenn der unabhängige Nachweis erbracht wird, dass sie aus zertifizierten Betrieben im Sinne der Konvention 182 der ILO (Internationale Arbeitsorganisation in Genf) stammen, die nachweislich keine Kinder oder Sklaven beschäftigen. Dies gilt nicht für Natursteine, die vom Steinmetzbetrieb vor Inkrafttreten dieser Regelung beschafft worden sind. Es gilt eine Übergangszeit von einem Jahr bis zur vollständigen Durchführung dieser Regelung.

Selbstbescheinigungen von ExporteurInnen oder ProduzentInnen, dass sie ohne Kinderarbeit produzieren, erfüllen die oben genannte Bedingung nicht. Bislang existieren nur Berichte aus Indien, aber man kann davon ausgehen, dass auch in anderen Ländern große Missstände in der Branche bestehen. Allein für Indien rechnet das Hilfswerk Misereor mit 150.000 Kindern, die in Steinbrüchen ausgebeutet wer-



**KINDERARBEIT IN INDIEN**  
 FOTO: CC-BY-2.0 BY EG.DAMY VIA FLICKR.COM

den. Um dieser ausbeuterischen Kinderarbeit zu begegnen, hat sich, angeführt unter anderem vom Grünen Bundestagsabgeordneten Thilo Hoppe und Ex-Arbeitsminister Norbert Blüm, das Xertifix Siegel etabliert. Xertifix bezahlt indische GutachterInnen dafür, dass sie Steinbrüche in Indien unangekündigt kontrollieren, die Arbeit beobachten und bewerten. Darüber hinaus sorgt Xertifix dafür, dass die Kinder aus den Steinbrüchen herausgeholt werden, eine Schule besuchen können und betreut werden. Kinderarbeit ist weltweit illegal. Die durch Kinderarbeit hergestellten Produkte sind damit illegale Produkte. In Deutschland wird die Stadt Andernach zukünftig auf dem Friedhof nur noch Grabmale zulassen, die ohne ausbeuterische Kinderarbeit hergestellt sind. Dies hat der Stadtrat in seiner Sitzung am 5. Juli 2007 auf Antrag der CDU-Fraktion einstimmig beschlossen. Damit ist Andernach bereits die zweite Stadt nach München, die ein Verbot von Grabsteinen, die nicht mit den Kriterien der Konvention 182 der ILO kompatibel sind, in ihrer Satzung festlegt. Mit einer Satzungsänderung in ihrer Friedhofsordnung leistet Neustadt wie viele andere Städte in Deutschland einen wichtigen Beitrag im Kampf gegen Kinderarbeit und für die Umsetzung der Agenda 21.

**UTE LAMLA**  
[u.lamla@gmx.de](mailto:u.lamla@gmx.de)



# HANNOVER LÄUFT UND FÄHRT WEG

## Der Sportentwicklungsplan für Hannover nimmt Formen an

Das, was uns als Sport AG der Grünen schon seit langem bekannt war, wurde in der Vorstellung der ersten Stufe des Sportentwicklungsplanes (SEP) bestätigt: Nicht nur, dass fast 80% der HannoveranerInnen mehr als einmal in der Woche Sport treiben - nein, auch Laufen und Radfahren als Ausdauersportarten gefolgt von Schwimmen sind die mit Abstand beliebtesten Sportarten. Aber noch einmal einen Schritt zurück: Vor zwei Jahren hat die Verwaltung den Auftrag bekommen, eine umfassende Erhebung zum Sportverhalten und den Sportstätten in Hannover durchzuführen. Im ersten Schritt wurde eine repräsentative Erhebung unter den BürgerInnen durchgeführt, deren Daten nun vorliegen. Die Befragung der Vereine, Verbände und kommerziellen Anbieter wird gesondert erhoben und die Quantität und Qualität der Sportstätten erfasst. Abgesehen von der hohen Zahl sportiver Menschen liegt Hannover im Trend der Großstädte. Mannschaftssportarten werden durch die gesellschaftlichen Veränderungen zurückgedrängt, denn Joggen und Radfahren geht auch spontan und ist nicht an feste Termine gebunden. Der Gemeinschaftsaspekt des Sports, der gleich nach dem Gesundheitsgedanken von den Befragten genannt wurde, lässt sich auch dort problemlos mit FreundInnen erleben. An dritter Stelle folgte der Wunsch, in der Natur zu sein und diese zu erleben. Das sich daraus ergebende Konfliktpotential mit dem Naturschutz wird uns in der kommenden Zeit beschäftigen, denn der Bedarf zum Beispiel an mehr beleuchteten Laufwegen wird nicht einfach zu lösen sein. Mit den im letzten und in diesem Jahr zum Haushalt eingebrachten Anträgen zur Ausweisung von Laufwegen im bestehenden Wegesystem sind wir dem SEP voraus gewesen, ebenso mit dem Frauen- und Mitternachtsschwimmen. Trotz der eventuellen Konflikte sollten wir den Wunsch nach Natur auch als Chance be-

greifen, die HannoveranerInnen für Grüne Ziele zu gewinnen. Für die Vereine, die nur von 20% der Befragten als Organisationsform des Sports benannt wurden, deutet sich ein Wandel an, denn nur in den Vereinen, in denen auf Fitness und Gesundheitsangebote Wert gelegt wurde, steigt die Attraktivität einer Mitgliedschaft. Im Augenblick ist nicht Turnvater Jahn gefragt, sondern eher der „Wellness-Fitness-Kurs“ mit gezielten Übungen für Rücken und Herz-Kreislauf-Leistungsfähigkeit. Auch müssen die Vereine flexibler mit Angebotsänderungen auf die aktuellen Interessenlagen eingehen können. Im Augenblick stehen „Nordic-Walking“ und Mädchenfußball hoch im Kurs, was vor einigen Jahren noch keiner für möglich gehalten hat. Der Wettkampfgedanke spielt dort, wie im gesamten Befragungsbild, eine eher untergeordnete Rolle. Ein kleiner Exkurs noch zu den MigrantInnen: Sport- und Vereinsgebundenheit sind in dieser Bevölkerungsgruppe nicht ganz so hoch angesiedelt. Als Sportarten dominiert dort Schwimmen gefolgt von Laufen. Beachtenswert ist, dass Fußball sich - dominiert von den Männern - auf den dritten Platz vorschieben konnte. Ein Randergebnis ist die Frage gewesen, welche Sportereignisse in Hannover dominieren. Vorne stehen (noch) die Spiele „der Roten“ oder Fußball allgemein, gefolgt in großem Abstand von Eishockey und Handball in der Hitliste. Das Schützenfest mit seinem Schießsport tauchte in den Antworten nicht auf, was zwei Fragen zulässt: Wird es nicht als Sportereignis wahrgenommen oder sind die Schützenvereine besonders stark durch diese Veränderungen betroffen? Jedenfalls werden wir Grünen die Ergebnisse der nächsten Untersuchungsstufen aufmerksam verfolgen und mit unserer Position in unserer Sport AG abgleichen.

**MARK BINDERT**  
mark.bindert@  
http-tel.de



## AUS DEM RATHAUS

### HAUSHALT 2009: ROT-GRÜN SETZT AKZENTE

Nach dem Grünen Beratungsverfahren und intensiven Verhandlungen der Rot-Grünen Rathauskoalition zum Haushalt 2009 liegt ein geeinigtes Änderungspaket vor. Es wird derzeit in den Fachgremien behandelt und abschließend am 18. Dezember durch die Ratsversammlung beschlossen. Angesichts der Unwägbarkeiten bei der Gewerbesteuer 2009 im Zuge einer Wirtschaftsflaute und der angekündigten Erhöhung der Hebesätze zur Regionsumlage wird in dem rot-grünen Einigungspaket zum Haushalt ein maßvoller Finanzrahmen eingehalten. Dabei werden Schwerpunkte in ausgewählten Bereichen gesetzt, die wir für unsere Stadtgesellschaft für unverzichtbar halten. Von zentraler Bedeutung sind Maßnahmen in den Bereichen Soziales, Jugend und Bildung. Als gute Verhandlungsergebnisse sind insbesondere der Hannover-Aktiv-Pass und zusätzliche Maßnahmen für die Schulkinderbetreuung hervorzuheben, des weiteren Maßnahmen für nachhaltige Stadtentwicklung, Integration und Energieeinsparung in einkommensschwachen Haushalten. Hiermit wird die soziale, ökologische und integrative Politik von Rot-Grün fortgesetzt.

### SCHWERPUNKTE: SOZIALES, JUGEND, BILDUNG

**Hannover-Aktiv-Pass:** 500.000 Euro pro Jahr für dessen qualitative Ausgestaltung für TransferleistungsempfängerInnen SGB XII + SGB II einschließlich 100.000 Euro für bedürftige SchülerInnen für Lehrmittel und Verbrauchsmaterial

**Ausbau der Schulkinderbetreuung:** zusätzlich 100.000 Euro für schulergänzende Betreuungsmaßnahmen in der Altersgruppe 6-9 Jahre (rund 100 Plätze) sowie 400.000 Euro für 200 weitere Hortplätze, um dem Bedarf Schritt für Schritt gerecht zu werden

**Bildung und Kultur:** 180.000 Euro zur Attraktivitätssteigerung der Stadtbibliotheken insbesondere zur Leseförderung für Kinder und Jugendliche

**Projekte nachhaltiger Stadtentwicklung:** Zusätzlich 100.000 Euro für Stadtplanungsprojekte, u. a. für die Innenstadtentwicklung durch City 2020; Förderung des Fahrradverkehrs: zusätzlich 170.000 Euro für Radwegebau, 85.000 Euro für ein weiteres Fahrradparkhaus am Hauptbahnhof; Maßnahmen zur Verkehrssicherheit u. a. durch 50.000 Euro für ein Verkehrsgutachten Maschsee und 50.000 Euro für die Planung von Umbaubebedarfen im Umfeld ECE und Rosenquartier; Schulwegsicherung im Sinne der Verkehrssicherheit vision zero durch zusätzlich 60.000 Euro für bauliche Schulwegsicherungsprojekte und 5.000 Euro für Schulwegpläne; Wiedereinsetzung von 520.000 Euro für das Programm zur Ökologischen Aufwertung von Schulhöfen und Grünflächen

**Fortsetzung der Lokalen Integration:** Bestätigung der bereits 2008 rot-grün eingesetzten Mittel in Höhe 685.000 Euro auch für 2009 (u.a. Lokaler Integrationsplan, Integrationsbeiräte in Stadtbezirken, Gesellschaftsfonds Zusammenleben) sowie Übertragung nicht verausgabter Haushaltsmittel aus 2008 nach 2009

**Klimaschutz und Energiesparen:** Zusätzlich 75.000 Euro für das Projekt Energiesparberatung in einkommensschwachen Haushalten. Auch soll die Verwaltung mit den Stadtwerken Hannover ein Konzept zur Förderung bei der Anschaffung hoch energieeffizienter Geräte erstellen.

Das Land sollte im Zuge der Haushaltsgenehmigung unsere kommunalen Investitionen gewährleisten. Hierzu gehören vor allem die Ausgaben im Rahmen des Gebäudemanagements mit einem Investitionsansatz für 2009 in Höhe von 48 Mio Euro zur Verbesserung der Bildungsinfrastruktur (Schulsanierung, Ausbau Betreuung Kinder unter 3 Jahren). Solche Investitionen sind im Zuge der bevorstehenden Wirtschaftsflaute auch wichtig für die Sicherung der lokalen/regionalen Wirtschaft.

**EURE RATSFRAKTION**  
gruene@hannover-stadt.de  
0511 168 454 33

Die Verwaltung der Region Hannover hat in ihrem Haushaltskonsolidierungsprogramm ab 2010 eine erschreckende Einsparliste für den Öffentlichen Personennahverkehr vorgelegt. Grund: Die Region ist hoch verschuldet und muss sparen. Auch der Nahverkehr soll da Beiträge leisten und 9,4 Mio. Euro einsparen. Zu den vorgeschlagenen 22 Maßnahmen gehört die Reduzierung der S-Bahnenbedienung samstags und sonntags ganztägig auf nur alle zwei Stunden, der Wegfall des Nachtverkehrs im Zug-Nahverkehr und bei den Bussen sowie Reduzierungen bzw. komplette Einstellung einiger Buslinien.

Zusätzlich fallen u.a. die Kurvenzüge (S6) über Burgdorf nach Celle und Bedienung auf der Heidebahn am Wochenende weg, weil ab 2010 das Land Niedersachsen voraussichtlich keinen teilweisen Ausgleich mehr für die

# FATALE EINSCHRÄNKUNG

**Meike Schümer, verkehrspolitische Sprecherin der Grünen Regionsfraktion, über Sorgen um massive Streichungen im Nahverkehr.**

wegfallenden Regionalisierungsmittel an die Region zahlt.

Die Folgen wären eine fatale Einschränkung der Mobilität der Bevölkerung, ein Umschwenken auf nicht umweltfreundliche Verkehrsmittel und natürlich als Langzeitfolgen katastrophale Rückschritte beim Nahverkehr und Klimaschutz.

Dass auch der Verkehrsbereich in der Region Hannover seinen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung zu leisten hat, ist einzusehen. Aber nicht um diesen Preis! Für die grüne Regionsfraktion ist ein Großteil

der vorgeschlagenen Maßnahmen überhaupt nicht vertretbar; nur über einige Änderungen in der Busbedienung kann man im Frühjahr 2009 noch mal diskutieren. Die Regionsfraktion hat die Aufgabe, die Gesamtregion und ihre Problematik zu betrachten. Dazu gehört natürlich die finanzielle Situation der Region, aber auch die Lebenssituation für die Bevölkerung, wie ein gesundes Umfeld, die Sicherung des Wirtschaftsraumes und der Vollzug von Klimaschutzmaßnahmen, die angesichts der dramatischen

weltweiten Entwicklungen bei der Klimaveränderung umso notwendiger sind, um die Bedrohung unserer Lebensgrundlagen einzudämmen.

Kaputtsparen ist keine Konsolidierung. Wir werden also den Hauptteil des Konsolidierungsprogramms Nahverkehr so nicht beschließen.

Wir werden aber auch das Land nicht aus seiner Verantwortung gegenüber der Bevölkerung der Region Hannover entlassen und es erneut auffordern, die vom Bund reduzierten Regionalisierungsmittel komplett auszugleichen. Der Region Hannover sind dadurch Einnahmen in Höhe von ca. 26 Millionen in den Jahren 2006 bis 2010 verloren gegangen.

**MEIKE SCHÜMER**  
meike.schuemmer@web.de



## NEUE ÜSTRA-AUTOMATEN



**ULRICH SCHMERSOW UND MEIKE SCHÜMER PROBIEREN EINEN DER NEUEN FAHRKARTEN-AUTOMATEN AUS.**

Wir sind tatsächlich Fans der neuen üstra-Fahrkartenautomaten. Nach anfänglicher Skepsis hat uns eine Vorführung durch Ulf Middelberg von der üstra voll überzeugt. Es ist schon klasse, dass man auch Cards kaufen und mit EC-Karte bezahlen kann. Außerdem ist es vorbildlich, dass die akustische Ansage auch Sehbehinderten ermöglicht, am Automaten Fahrkarten zu lösen. Ganz ideal wäre natürlich ein Verkauf von Sammeltickets, Niedersachsen- und Schöne-Wochenend-Tickets in diesen Automaten. Deshalb haben wir im Verkehrsausschuss beantragt, dass die Region sich bei üstra und RegioBus für den Verkauf dieser Produkte in Bussen und Stadtbahn-Haltestellen einsetzt.

## GRÜNE TRAUERN UM OTTO HUT

**Im Alter von 79 Jahren ist das GABL-Gründungsmitglied Otto Hut gestorben.**

Otto Hut war eines der ersten grünen Ratsmitglieder in Hannover. Für die Grün-Alternative BürgerInnen-Liste, der Vorläuferorganisation der Grünen Hannover, saß er von 1984 bis 1986 als umweltpolitischer Sprecher im Rat der Landeshauptstadt. Damals wechselten im Zuge einer Rotationsregelung alle zwei Jahre die Fraktionsmitglieder, Otto rückte u.a. zusammen mit der heutigen Bundestagsabgeordneten Silke Stokar in der zweiten Hälfte der Wahlperiode nach.

Otto hat mit großem Einsatz für grüne Themen in einer Zeit gestritten, als diese noch alles andere als politischer Mainstream waren. So wurde die Baumschutzsatzung von ihm mit erarbeitet, die bis heute ein wichtiges Instrument für den Naturschutz in Hannover darstellt.

Otto Hut war bis zu seinem Tod im Oktober dieses Jahres Mitglied der Grünen, wenn auch nicht mehr aktiv. Insbesondere die Menschen, die mit Otto in den 1980er Jahren Politik gemacht haben, vermissen einen engagierten und angenehmen Mitstreiter.

## WAHLKAMPFTREFFEN

Das Superwahljahr 2009 steht vor der Tür. Nachdem wir die Landtagswahl in Hessen am 18. Januar noch als interessierte ZuschauerInnen verfolgen können, heißt es danach alles geben für die Europawahl am 7. Juni und die Bundestagswahl am 27. September. Mit der Organisation des Wahlkampfes beginnen wir am **29. Januar um 18:30 Uhr** mit einem ersten offenen Wahlkampfmeeting im Grünen Zentrum, Senior-Blumenberg-Gang 1 in Hannover. Hierzu laden wir alle Aktiven aus den Ortsverbänden und Stadtteilgruppen herzlich ein.

# DAS WAPPEN DER WEDEMARK

Die Grünen pflanzen eine Stieleiche nach



## DIE GRÜNEN IN BISSENDORF MIT IHREM WAPPENBAUM.

Lasst uns eine Stieleiche pflanzen, den Wappenbaum der Wedemark, haben sich die Grünen gesagt. Am Freitag den 14. November wurde mit Hilfe der örtlichen Baumschule eine schöne Stieleiche vor der Bibliothek in Bissendorf eingesetzt.

Immer mehr große Bäume verschwinden aus den Ortschaften. Zwei Wochen vor der Pflanzaktion in Bissendorf war eine mehr als 200 Jahre alte Eiche gefällt worden. Die Gründe diese Bäume abzuschlagen mögen ganz unterschiedlich sein. Das Ergebnis für Bissendorf ist jedenfalls, dass ein stattlicher Baum nach dem anderen aus dem Ort entfernt wird. Die Grünen der Wedemark beobachten das seit langem mit Sorge. Sie haben vor anderthalb Jahren deswegen eine Auflistung in Bissendorf angefertigt, die zeigt, wie es den alten Bäumen im Ort geht, was für diese Bäume getan werden müsste, und wo Bäume fehlen und nachgepflanzt werden sollten. Bäume im Dorf sorgen für ein gutes Kleinklima, filtern Staub aus der Luft, reichern die Luft mit Sauerstoff und Feuchtigkeit an, bieten tausenden von Lebewesen Unterschlupf und Nahrung,

spenden Schatten und sehen im Frühjahr, Sommer, Herbst und Winter wunderschön aus. Dafür halten sie uns aber auch auf Trab. Ein alter Baum ist durch nichts zu ersetzen. Daher bitten wir alle BaumbesitzerInnen, genau prüfen zu lassen, ob ihr Baum wirklich gefällt werden muss oder ob er erhalten werden kann. Am besten durch einen neutralen Sachverständigen, der nicht selbst von der Entscheidung betroffen ist. Wenn es dann notwendig ist einen Baum zu fällen, sollte sein Mensch (mindestens) einen Baum nachpflanzen. Wenn ein Mensch alt wird, dann sind ihm achtzig, neunzig Lebensjahre gegeben. Eine alte Eiche aber steht 300 Jahre und mehr an ihrem Platz im Dorf. Lasst uns die Bäume für die nächsten Generationen erhalten und pflanzen. Eine stattliche alte Eiche gibt es in ein paar hundert Jahren nur, wenn wir sie heute gepflanzt haben. Noch sind diese alten Bäume Ortsbild prägend. Und das sollten sie auch bleiben.

**ANGELA KLINGRAD**  
klingrad.angelaruediger  
@t-online.de



# MAL WAS ANDERES

Bürgermeisterin Ingrid Lange berichtet vom Tag der offenen Tür im Rathaus



Am 27. September 2008 hieß es wieder "nach'n Rathaus hin". Der neunte Tag der offenen Tür stand ganz im Motto „Integration in Hannover – für ein buntes Miteinander“. Wir, die grüne Ratsfraktion, haben im Bürgersaal zusammen mit interessierten jungen und alten Besucherinnen und Besuchern mit und ohne Migrationshintergrund Postkarten von zu Hause gestaltet und waren sehr gespannt, in wie weit Hannover als Heimat verstanden wird.

Der Künstler Nigel Packham und die Künstlerin Irene Villingner haben das Konzept

entworfen und waren den ganzen Tag dabei. Ganz viele Zuwanderinnen und Zuwanderer haben begeistert und mit viel Spaß Postkarten gemalt und gezeichnet und sie dann auf eine 2,5 m X 1,6 m große Holzwand geheftet, die am Ende des Tages eine große, bunte Postkarte aus der gemeinsamen Heimat Hannover geworden ist. Sie steht jetzt am Eingang des Gartensaals im Neuen Rathaus. Kommt und guckt sie euch an.

**INGRID LANGE**  
ingridlange@  
t-online.de



# AUSSER MOOS NICHTS LOS?

## Zum Zustand der Hannoverschen Moorgeest.

Im Norden der Region gibt es vier zusammenhängende Moore in der Hannoverschen Moorgeest: Bissendorfer, Otternhagener, Helstorfer und Schwarzes Moor. Das Bissendorfer ist das besterhaltende Hochmoor in Niedersachsen, die anderen stehen dem kaum nach. Insgesamt ist der Moorkomplex aus gesamtstaatlicher Sicht so wertvoll, dass der Bund seit 2006 ein ca. 5,8 Mio. Euro teures Projekt zu seiner Sicherung und Entwicklung mit 70 Prozent fördert. Das Projekt ist auf eine Dauervon 10 Jahren angelegt und soll in zwei Schritten entwickelt werden. Einer Planungsphase von drei Jahren seit 2006 folgt eine Periode zur Umsetzung von 2009 bis 2016. Ob es aber eine Umsetzungsphase geben wird, wird erst nach Abschluss der Planung entschieden. Nun haben Ende letzten Jahres vor allem LandnutzerInnen massiv Front gegen das Naturschutz-Großprojekt gemacht. Vordergründig ging es um die Sorge, dass die Wiedervernässung entwässerter Hochmoorteile Äcker unter Wasser setzt und Keller volllaufen werden. Da Hochmoore aber eigene hydrologische Systeme sind, sind Ängste vor ansteigendem Grundwasser, nassen Äckern und vollgelaufenen Kellern unbegründet. In Wirklichkeit geht es um Geld, für knappes und teurer werdende landwirtschaftliche Flächen durch nachwachsende Rohstoffe, gefühlte enteignungsgleiche Eingriffe für MooreigentümerInnen, weil in einem nassen Moor die Natur Vorrang hat, Abtorfung nicht möglich ist und Rehe nasse Füße bekommen. Die Unsicherheiten hat Minister Sander in einer denkwürdigen FPD-Wahlkampf-Veranstaltung am 20.12.2007 so verschärft, dass sich eine breite Ablehnung gegen das Projekt bildete. Immerhin fördert sein Ministerium das Vorhaben mit 20 Prozent der Gesamtkosten. Das Landvolk stieg in der Folge aus den projektbegleitenden Arbeitsgruppen aus, das ambitionierte Projekt stand vor dem Scheitern.

Verwaltungsseitig versuchte die Region Hannover mit dem Bundesamt für Naturschutz zu retten, was zu retten ist. In dieser Phase hat die grüne Regionsfraktion mit Aktiven aus dem OV Wedemark überlegt, wie wir eine Kampagne zur Förderung des wichtigen Projektes starten können. Unter dem Schirm der Regionsgrünen wurden alle Moor-Interessierten und Aktiven aus BUND, Faunistischer Arbeitsgemeinschaft Moore, NABU, Naturkundliche Vereinigung Langenhagen und die OV's Wedemark, Langenhagen, Neustadt und Garbsen an einen Tisch geholt. Wir gründeten den Aktionskreis Hannoversche Moorgeest, deren Sprecher Ludwig Uphus ist. Ziel war, der hochgekochten Polemik sachliche Informationen zu den wahren Zielen des Projektes entgegen zu setzen und die Stimmung für das Moor zu wenden. Viele Gespräche hinter den Kulissen mit Verwaltung, Politik und auch den Landwirten und eine breit angelegte Öffentlichkeitskampagne für die Moore konnten die verhärteten Fronten aufweichen. Bisheriger Höhepunkt waren die Moor-Aktionstage des Aktionskreises. Ein hochkarätiger Vortrag mit anschließender Diskussion am 20. September und fünf Führungen am folgenden Sonntag brachten ca. 500 Menschen aus der Region die vier Moore näher. Dieser Erfolg hat uns alle überrascht und zu einem Meinungsumschwung beigetragen. Die Grünen haben aktiv im Bündnis mitgearbeitet und gemeinsam mit den Verbänden eine Menge Geld in die Aktion gesteckt. Es hat sich auch eine gute intensive Zusammenarbeit mit den Umwelt- und Naturschutzverbänden aufgebaut. Der Aktionskreis wird weiter Lobbyarbeit für die Moore machen. Ein Baustein ist unser Antrag für ein Mooringformationszentrum, dem die SPD noch zustimmen muss.

### ULRICH SCHMERSOW

ulrich.schmersow@t-online.de



# CRITICAL MASS HANNOVER

**Critical Mass ist ein weltweiter Zufall: In vielen Städten der Welt treffen sich RadfahrerInnen und fahren gemeinsam durch die Stadt. Auch in Hannover gibt es eine monatliche Critical Mass.**



## AN JEDEM ERSTEN FREITAG IM MONAT TREFFEN SICH FAHRRADBEGEISTERTE UM 17 UHR AUF DEM OPERNPLATZ

Das Besondere daran ist, dass alle TeilnehmerInnen auf einer Fahrspur fahren, die sonst dem Autoverkehr vorbehalten ist. Die einzige Bedingung: Es müssen mindestens 16 RadfahrerInnen sein. Dann dürfen die RadfahrerInnen ganz legal auf der Straße fahren (vgl. §27 StVO) und müssen sich nicht mehr an den Fahrbahnrand quetschen.

## FÜR EINE FAHRRAD-FREUNDLICHE GESELLSCHAFT

Die Critical Mass ist keine Demonstration, daher gibt es auch keine festgelegte Route. Die Gruppe entscheidet spontan wo es langgeht. Dabei fahren alle langsam und gemütlich um eine Einheit zu bleiben. Für eine Critical Mass gibt es viele Gründe, das Hauptanliegen ist jedoch für eine fahrradfreundliche Gesellschaft einzutreten. Die erste Critical Mass fand 1992 in San Francisco statt, seitdem hat diese Aktionsform einen Siegeszug um die Welt angetreten. Die größte Critical Mass findet einmal im Jahr in Budapest statt. Am 20. April 2008 fuhren dort 80.000 Menschen mit (das ist kein Druckfehler). In Hannover findet seit ca. einem halben Jahr regelmäßig eine Critical Mass

statt. An jedem ersten Freitag im Monat um 17 Uhr treffen sich 30 bis 50 RadfahrerInnen auf dem Opernplatz und fahren ca. eine Stunde durch Hannover. Die Polizei reagiert oft sehr verwundert über die große Anzahl gut gelaunter RadfahrerInnen mitten auf der Straße. Einmal wurde die Critical Mass sogar von mehreren Polizeimotorrädern und einem Streifenwagen begleitet, was sonst nur Staatsgästen vorbehalten ist. Die letzte Critical Mass wurde von der Polizei abrupt gestoppt. Nach 20 Minuten war aber geklärt, dass alles in Ordnung ist und die Critical Mass konnte wie gewohnt die Fahrt fortsetzen.

## STAU?

Wir blockieren nicht den Verkehr, wir sind der Verkehr! Autos stehen nicht im Stau, sie sind der Stau! Das sind die Mottos der Critical Mass. Die nächste Critical Mass startet am 2. Januar 2009 um 17 Uhr am Opernplatz. Also: weiter-sagen, FreundInnen mitbringen und für eine fahrradfreundliche Gesellschaft und ein besseres Klima in die Pedale treten.

### TOBIAS LEVERENZ

tobias.leverenz@gj-hannover.de



Seit Anfang des Jahres 2008 gibt es in der Innenstadt das soziale Kaufhaus fairKauf, das Waren aller Art zu sozialen Preisen anbietet. Unser Grüner Landtagsabgeordneter Enno Hagenah traf den ehrenamtlichen Chef Reinhold Fahlbusch zum Ortsgespräch.

Von außen sieht es aus wie ein völlig normales Kaufhaus. Weihnachtlich dekorierte Schaukästen und Dinge des täglichen Bedarfs locken die PassantInnen. Und genau dies soll das faire Kaufhaus im Herzen der Landeshauptstadt auch leisten, wie Reinhold Fahlbusch seinem Gast Enno erklärt. fairKauf hat einen sozialen Anspruch und möchte Waren zu erschwinglichen Preisen anbieten, aber für alle da sein. So kaufen nicht nur finanziell schlechter Gestellte dort ein, sondern auch Leute, die über ein gutes Einkommen verfügen. Bedürftige haben hier nicht das Gefühl von Almosen zu leben, sondern in einem ganz normalen Kaufhaus einkaufen zu gehen.

Herr Fahlbusch führte Enno durch die verschiedenen Etagen des ehemaligen Möbelhauses aus den 50er Jahren, in denen es jetzt Haushaltsgegenstände, Spielzeug, Bücher, Bekleidung und auch wieder Möbel gibt. Verkauft werden zumeist gebrauchte Waren, die von BürgerInnen gespendet werden. fairKauf ist eine eingetragene Genossenschaft. Ab 50 Euro kann jedeR einen Anteil erwerben und dadurch MiteigentümerIn des Kaufhauses werden. Entstanden ist das Projekt durch

# DAS ETWAS ANDERE KAUFHAUS

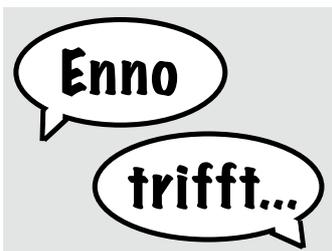
**Enno Hagenah trifft Reinhold Fahlbusch von fairKauf.**



**GRÜNE SEITEN-REDAKTEUR JAN HAUDE MIT ENNO HAGENAH (LINKS) UND RAINER FAHLBUSCH (RECHTS).**

eine gemeinsame Initiative des Diakonischen Werkes, des Caritasverbandes, des Werkheim e.V. und engagierter MitbürgerInnen. Letztere bilden eine zentrale Grundstütze des Kaufhauses. Insgesamt sind aktuell rund 35 Ehrenamtliche inklusive der fünf Vorstandsmitglieder hier aktiv. Menschen die Teilhabe am Leben der Gemein-

schaft zu erleichtern, damit sie zu sozialen Preisen Waren erwerben können, ist ein zentrales Ziel des Kaufhauses. Ein weiteres ist die Re-Integration langzeitarbeitsloser Menschen in den Arbeitsmarkt. Hierfür hat fairKauf inzwischen 19 tarifgebundene, sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze geschaffen. Zum anderen werden Menschen



qualifiziert, um einen Zugang zu Arbeitsmöglichkeiten im Bereich Handel und Verwaltung zu erlangen. Die dritte Zielkomponente des Kaufhauses lässt sich unter dem grünen Stichwort Nachhaltigkeit zusammenfassen: Waren, die von den SpenderInnen nicht mehr gebraucht werden, erhalten eine fortgesetzte Nutzung, statt im Müll zu landen.

Bereits im ersten Geschäftsjahr schreibt fairKauf mit dieser Summe guter Ideen schwarze Zahlen, die Einnahmen decken die Ausgaben. Allerdings bekam Enno bei der Führung auch ein ungelöstes Problem im wahrsten Sinne des Wortes zu spüren: Die Glasfassade bedarf dringend einer umfassenden energetischen Sanierung. Ohne heftiges Heizen wird es in der kälteren Jahreszeit arg frostig und zugig in den Räumlichkeiten. Dies mit verschiedenen FördererInnen und PartnerInnen zu beheben, will Enno nun mit der Kaufhausgenossenschaft angehen. Das wäre nicht nur ein guter grüner Beitrag für das vorbildliche Projekt, sondern auch ein sinnvolles Engagement in der dem ECE abgewandten Seite der Innenstadt, die gerade jetzt jede Belebung gut gebrauchen kann.

Das „etwas andere“ Kaufhaus ist Wochentags von 10:00 bis 18:00 Uhr geöffnet und befindet sich am Rande der Altstadt in der Limburgstraße 1.

**ENNO HAGENAH**  
 enno.hagenah@  
 lt.niedersachsen.de



## 20 JAHRE UMWELTDEZERNAT

### Fraktionssitzung mit Musik

Die Grüne Ratsfraktion lädt alle interessierten Bezirksräte, Mitglieder und Sympathisanten zu einer lockeren Fraktionssitzung zum Jahresabschluss in den Petra Kelly Club ein. Schwerpunkt dieser Sitzung soll die Arbeit des Umweltdezernats sein, das wir vor 20 Jahren durchgesetzt haben.

Ansonsten erhoffen wir uns zum Abschluss des Jahres interessante Anregungen und Gespräche miteinander. Für musikalische Unterhaltung und das leibliche Wohl ist gesorgt.

**Freitag, 19. Dezember 2008, 19.00 Uhr, Grünes Zentrum (Untergeschoss), Senior-Blumenberg-Gang 1, 30159 Hannover.**

**Wir bitten um Anmeldung bis spätestens Dienstag, 16. Dezember 2008, unter [gruene@hannover-stadt.de](mailto:gruene@hannover-stadt.de) oder 0511/16845433.**

## MITGLIEDERVERSAMMLUNG

**MV des Regionsverbands und Wahlkreisversammlung am 17. Januar 2009 im Freizeithaus Vahrenwald: Sven Giegold spricht zum Thema Grüner New Deal.**

Das neue Jahr im Regionsverband beginnt mit einer Mitgliederversammlung am 17. Januar. Einer der Schwerpunkte wird die Vorbereitung der LDK am 7./8. Februar und die Wahl der LDK-Jahresdelegierten sein. Inhaltlich wird ein weiterer Schwerpunkt der Grüne New Deal zur Finanz- und Wirtschaftspolitik sein, den Attac-Mitbegründer und Grünen-Mitglied Sven Giegold vorstellen wird.

Außerdem wird an diesem Tag noch einmal die Wahlkreisversammlung des Wahlkreises 43 (Hannover Stadt II) zusammentreten, um eineN DirektkandidatIn für die Bundestagswahl zu wählen. Dies ist notwendig, weil Silke Stokar von ihrer Direktkandidatur in diesem Wahlkreis zurückgetreten ist.

Die Einladung mit der genauen Tagesordnung wird Ende Dezember verschickt.

# GRÜNE DISKUTIEREN ONLINE

## Interner Bereich auf den Internetseiten des Regionsverbands mit Archiv und Forum startet

Schon häufig ist von Seiten unserer Ortsverbände und Fraktionen der Vorschlag eingebracht worden, im Rahmen unseres Internetportals [gruene-hannover.de](http://gruene-hannover.de) ein Online-Archiv für Anfragen, Anträge und Aktionsideen einzurichten, damit Fraktionen regionsweit gegenseitig von ihrer Arbeit profitieren können, wenn ähnliche Fachgebiete bearbeitet werden. Dies ist nun möglich: Und zwar unter [intern.gruene-hannover.de](http://intern.gruene-hannover.de) im Rahmen eines neuen Internetforums.

Doch dieses Forum soll nicht nur ein Archiv sein, es kann noch mehr! Es können dort ausführliche Diskussionen geführt werden, sowohl zu Themen von lokalem und regionalem Interesse, als auch zu bundespolitischen Themen, bis hin zur Weltpolitik. Und hier soll auch Platz für Dinge sein, die mit Politik überhaupt nichts zu tun haben. Das Forum lebt von Eurer Beteiligung. Jede und jeder kann neue Themen eröffnen.

Nur die Mitglieder unseres Grünen Regionsverbands haben Zugang zum Forum, so kann offen diskutiert werden. Jedes Mitglied erhält in Kürze eine E-Mail mit den persönlichen Zugangsdaten. Bei Fragen wendet Euch bitte an Christian Günther unter [guenther@gruene-hannover.de](mailto:guenther@gruene-hannover.de) oder 0511/300 88 66.

# I M P R E S S U M

**Grüne Seiten** sind das Mitteilungsblatt des Regionsverbands Hannover von Bündnis 90/Die Grünen, Senior-Blumenberg-Gang 1, 30159 Hannover.

An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet: Herbert Hoppe, Hauke Diederich, Brigitte Deyda, Dieter Albrecht, Patrick Drenke, Regine Kramarek, Maaret Westphely, Michael Dette, Dietmar Beck, Dorota Szymanska, Jan Haude, Sven-Christian Kindler, Thomas Faßbender, Silke Stokar, Jeanette Weinrich, Carolin Friedemann, Enno Hagenah, Mark Meißner, Ute Lamla, Mark Bindert, Ruth Wenzel, Günter Wulfert, Meike Schümer, Katja Busch, Angela Klingrad, Ingrid Lange, Ulrich Schmiersow, Stephanie Zebbedies, Tobias Leverenz, Ronald Schütz und Christian Günther (V.i.S.d.P.).

Druck: Forum Druck, Striehlstr. 11, 30159 Hannover, Tel. 0511-1316224.

Gedruckt auf 100% Recycling-Papier.

Versand: Lister Copy und Büro Service, Pelikanstr. 13 A, Tel. 96546-0

**Grüne Seiten** werden kostenlos an alle Mitglieder von Bündnis 90/Die Grünen Regionsverband Hannover verschickt. Die nächsten Grünen Seiten erscheinen voraussichtlich im März 2009.



**Bündnis 90/Die Grünen  
Senior-Blumenberg-Gang 1  
30159 Hannover**

Tel. 0511/300 88 66,  
Fax 0511/300 89 66

[region@gruene-hannover.de](mailto:region@gruene-hannover.de)  
[www.gruene-hannover.de](http://www.gruene-hannover.de)

**Bankverbindung:  
Kontonr.: 8418700  
Bank für Sozialwirtschaft  
Bankleitzahl: 251 205 10**

## MITGLIEDSBEITRÄGE UND SPENDEN

Wir freuen uns über jede Spende und sind von der regelmäßigen Zahlung der Mitgliedsbeiträge abhängig.

Der Mitgliedsbeitrag beträgt 1% des Nettoeinkommens. Beitragsanpassung dringend erwünscht!

Hierzu reicht ein Anruf oder eine Mail. Auch Einzugsermächtigungen könnt ihr uns ganz einfach telefonisch oder per Mail erteilen!

Bei Fragen meldet euch in der Geschäftsstelle.

# T E R M I N E

<b>09.12.</b>	<b>19:30</b>	<b>17.01.</b>	<b>12:00</b>
SolidaRegion-Workshop Neue Schule, Senior-Blumenberg-Gang 1		Mitgliederversammlung des Regionsverbands, Freizeitheim Vahrenwald	
<b>10.12.</b>	<b>17:00</b>	<b>23.-25.01.</b>	
AG Wirtschaft & Finanzen, Senior-Blumenberg-Gang 1, EG		29. Bundesdelegiertenkonferenz (BDK) in Dortmund zum Europa-wahlprogramm	
<b>11.12.</b>	<b>18:00</b>	<b>29.01.</b>	<b>18:30</b>
Treffen der StadtteilgruppensprecherInnen, Senior-Blumenberg-Gang 1		1. Offenes Wahlkampf-treffen, Senior-Blumenberg-Gang 1 (UG)	
<b>11.12.</b>	<b>19:00</b>	<b>05.02.</b>	<b>19:00</b>
Planungstreffen gegen Rechts, Senior-Blumenberg-Gang 1		Regionsparteirat, Senior-Blumenberg-Gang 1 (UG)	
<b>15.12.</b>	<b>15:30</b>	<b>07./08.02.</b>	
AG Organisation & Personal, Senior-Blumenberg-Gang 1, EG		Landesdelegiertenkonferenz in Winsen/Luhe	
<b>16.12.</b>	<b>18:00</b>	<b>26.03.</b>	<b>19:00</b>
AG Kinder & Jugend Senior-Blumenberg-Gang 1, UG		Regionsparteirat, Senior-Blumenberg-Gang 1 (UG)	
<b>16.12.</b>	<b>18:15</b>	<b>16.04.</b>	
AG Schule, Senior-Blumenberg-Gang 1, EG		Mitgliederversammlung des Regionsverbands	
<b>19.12.</b>	<b>19:00</b>	<b>01.05.</b>	
Grüne Feier "20 Jahre Umweltdezernat" Grünes Zentrum, Senior-Blumenberg-Gang 1		1. Mai-Kundgebungen und Demonstration gegen Neonazi-aufmarsch	
<b>23.12.</b>	<b>18:30</b>	<b>07.05.</b>	<b>19:00</b>
AG Sport, Senior-Blumenberg-Gang 1, EG		BDK-Delegiertentreffen	
<b>07.01.</b>	<b>18:00</b>	<b>08. - 10.05.</b>	
SolidaRegion-Workshop Medienkonsum, Landesgeschäftsstelle, Odeonstr. 4		30. Bundesdelegiertenkonferenz in Berlin	
<b>13.01.</b>	<b>18:00</b>	<b>14.05.</b>	
SolidaRegion-Workshop Kita-Qualität, Senior-Blumenberg-Gang 1		Empfang und Party „30 Jahre Grüne Hannover-Stadt“	
<b>15.01.</b>	<b>19:00</b>	<b>17.05.</b>	
Bündistreffen gegen rechts, DGB-Haus		Autofreier Sonntag in Hannover	
<b>17.01.</b>	<b>11:00</b>	<b>28.05.</b>	<b>19:00</b>
Wahlkreisversammlung des WK 43, Freizeitheim Vahrenwald		Regionsparteirat, Senior-Blumenberg-Gang 1 (UG)	

**Weitere Termine:**  
[www.gruene-hannover.de](http://www.gruene-hannover.de)

**DIE GRÜNE JUGEND TRIFFT SICH JEDEN MITTWOCH UM 18.00 UHR IM GRÜNEN ZENTRUM.**

**INTERESSENTINNEN SIND HERZLICH WILLKOMMEN!**

